

Die zweite Generation der Grünen

Ein Gruppenportrait

Christoph Becker-Schaum und Anastasia Surkov

Die Gründung der Grünen liegt vierzig Jahre zurück. Zwanzig Jahre sind vergangen, seit sie zusammen mit der SPD erstmals in die Bundesregierung eingetreten sind. Diese Jubiläen bieten gute Gelegenheit, über die Verortung der Grünen in der Zeitgeschichte nachzudenken. Unser Beitrag betrachtet die Zeitspanne von 1986 bis 1996, die der rot-grünen Koalition vorausgeht, und nimmt die acht jüngsten Abgeordneten der Bundestagsfraktion von 1994, die die ersten Vertreter einer neuen Grünen-Generation waren, mit den Methoden der Oral History in den Blick. Die so gewonnene Quellenbasis ermöglicht uns, die politischen Akteure mit ihren Motiven und Entscheidungen in den Mittelpunkt zu stellen und zugleich die inneren Mechanismen der grünen Partei lebendig werden zu lassen.

1. Einleitung

Wenn Parteien Gegenstand der Forschung werden, stehen Programme, Wahlerfolge und Mitgliedschaften im Mittelpunkt. Diese Fokussierung auf abstrakte politische Strukturen blendet die Rolle von Personen aus. Was für die Erforschung der Parteien der Weimarer Republik gang und gäbe ist, Parteien auf ein viel größeres Spektrum kultureller und gesellschaftlicher Fragen abzuklopfen, gilt für die Parteien nach 1945 bei weitem noch nicht (vgl. Bracher 1971; Lipset/Rokkan 1967; Mergel 2002; Frevert 2005). Die umfassende gesellschaftliche Bedeutung der Parteien erschließt sich nämlich erst, wenn man die Menschen, die dort agieren, in den Mittelpunkt stellt. Die abstrakt aussehenden politischen Strukturen und Positionen einer Partei leben durch die Personen, die sie gestalten. Sollte man aber über Prägungen, Motive und Handlungsspielräume der Parteimitglieder und Politiker mehr erfahren wollen, macht man in Archiven häufig die Erfahrung, dass die Persönlichkeiten hinter den politischen Statements verschwinden. HistorikerInnen interessieren sich aber für beides: „Was war der Fall? Und wie ist es dazu gekommen?“ (Koselleck 2000: 43).

In der Zeitgeschichtsforschung greifen HistorikerInnen in Situationen, in denen die Quellen zu den Personen schweigen, nicht selten zur Methode der Oral History. Die entsprechenden Probleme betreffen auch die Überlieferung zur Geschichte der Grünen. Sie haben schließlich dazu geführt, dass das Archiv Grünes Gedächtnis in den letzten zehn Jahren zahlreiche Interviews mit PolitikerInnen der Grünen geführt hat, wobei der inhaltliche Schwerpunkt auf der Gründungsphase der Partei lag (vgl. Heinrich-Böll-Stiftung 2018: 7-11). Es ließ sich generell die Erfahrung machen, dass man aus den Interviews viele interessante Informationen über die PolitikerInnen als Personen erhält, die das Aktenstudium nicht bereithält (vgl. Becker-Schaum 2018 a: 27 ff.). Inzwischen

hat sich das öffentliche Interesse von den Anfängen der Grünen auf die Frage nach ihrer Regierungsfähigkeit und der Praxis der rot-grünen Koalitionsregierung von 1998 bis 2005 verschoben (vgl. Raschke 2001; Wolfrum 2013). Damit rückte erstmals die Bundestagsfraktion von 1994 bis 1998 in den Fokus des Interesses, die sich hinsichtlich ihrer personellen Zusammensetzung deutlich von den drei Vorgängerfraktionen unterschied, nicht zuletzt wegen der Wahlniederlage von 1990, in deren Folge die Westgrünen aus dem Bundestag ausschieden. Die Bundestagsgruppe Bündnis 90/Die Grünen setzte sich in der Wahlperiode von 1990 bis 1994 aus acht Abgeordneten aus der ehemaligen DDR zusammen. Diese neue Perspektive führte zu der allgemeineren Frage, ob und wie sich die personelle Erneuerung der Grünen in der Phase vor ihrem Eintritt in die Regierung vollzogen hat. Dafür wurde im Archiv Grünes Gedächtnis 2017 ein Oral History-Projekt zu der Bundestagsfraktion von 1994 bis 1998 entworfen, das die Autorin und der Autor dieses Aufsatzes durchgeführt haben. Es handelt sich hier also um unsere Erstauswertung dieses Interviewprojektes.

Für dieses Projekt haben wir eine Gruppe von Bundestagsabgeordneten ausgewählt, die zum Zeitpunkt der Bundestagswahl 1994 nicht älter als 35 Jahre alt waren. Sie stehen für einen Generationswandel innerhalb der Partei. Das Besondere an dieser Gruppe ist außer ihres jungen Alters auch die steile Karriere, die sie als grüne Politiker gemacht haben. Viele von ihnen haben schon sehr bald führende Rollen in der Fraktion und Bundesregierung eingenommen. Es handelt sich um acht bzw. neun Personen: Volker Beck (geb. 1960, von 2002 bis 2013 Erster Parlamentarischer Geschäftsführer), Matthias Berninger (geb. 1971, von 2001 bis 2005 Staatssekretär im Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz), Andrea Fischer (geb. 1960, von 1998 bis 2001 Gesundheitsministerin), Antje Hermenau (geb. 1964, von 2004 bis 2014 Fraktionsvorsitzende im Sächsischen Landtag), Steffi Lemke (geb. 1968, von 2002 bis 2013 Politische Geschäftsführerin), Kerstin Müller (geb. 1963, von 2002 bis 2005 Staatsministerin im Auswärtigen Amt), Simone Probst (geb. 1967, von 1998 bis 2005 Parlamentarische Staatssekretärin im Umweltministerium) und Ursula Schönberger (geb. 1962). Der neunte aus dieser Gruppe ist Cem Özdemir (geb. 1965), dessen voller Terminkalender als Spitzenkandidat bei der Bundestagswahl und Mitglied des Verhandlungsteams bei den anschließenden Sondierungsgesprächen einen Interviewtermin leider verhindert hat.

Unser Interesse galt also den „Neuen“ in der Bundestagsfraktion. Die 1994 gebildete Fraktion bestand aus insgesamt 49 Personen, von denen 15 zwischen 1983 und 1994 dem Bundestag bereits mindestens einmal angehört hatten. Die übrigen zwei Drittel, zu denen auch unsere InterviewpartnerInnen gehörten, hatten noch keine Erfahrung als Bundestagsabgeordnete gemacht. Unser Fokus auf Angehörige der jungen Generation der Abgeordneten folgt der Annahme, dass sie in die ideologischen Kämpfe der Vergangenheit nicht eingebunden waren und ihnen die Verankerung in den Bewegungen, die für eine „Parteikarriere“ bei den Grünen in den 1980er Jahren so wichtig war, fehlte, sie dafür aber bestimmte neue Eigenschaften besaßen, die ihnen für ihre politische Karriere in den 1990er Jahren von Vorteil waren. Diese Annahme unterscheidet also zwischen den 25 älteren Bundestagsabgeordneten, die 1994 ebenfalls erstmals ein Bundestagsmandat erhalten hatten und insofern auch neue Bundestagsabgeordnete waren, und den neun jüngsten Abgeordneten. Diese Unterscheidung ist durch eine Untersuchung über die sogenannte Anti-Parteien-Partei begründet, die zeigen konnte, dass

das Rotationsprinzip und anders begründete Wechsel zwar regelmäßig für neue Gesichter in den Parlamenten gesorgt hatten, dabei der Typus des grünen Bewegungspolitikers beiderlei Geschlechts in den 1980er Jahren jedoch meistens derselbe blieb (Becker-Schaum 2018 b: 247 ff.). Damit ist natürlich nicht ausgeschlossen, dass nicht auch ältere Abgeordnete einen neuen Politikstil in die Fraktion einbringen konnten – und umgekehrt.

In den 1980er Jahren war die Rolle in den neuen sozialen Bewegungen entscheidend, um als KandidatIn auf die Wahlliste zu kommen. Bis zur Bundestagswahl 1983 waren fast alle KandidatInnen Exponenten der Anti-Atombewegung. Bis zum Ende 1980er Jahre kamen VertreterInnen der Frauenbewegung, der Dritte-Welt-Bewegung und insbesondere der Friedensbewegung hinzu. Die Bewegungsdynamik führte somit zu einem regelmäßigen Wechsel und weitgehendem Austausch in der Zusammensetzung der Fraktion (Becker-Schaum 2018 b). Allerdings kam die Bewegungsdynamik schon vor dem Ende der alten Bundesrepublik zum Erliegen (Rucht 1997: 384-390), als mit der Unterzeichnung des Washingtoner Vertrages über die Abrüstung nuklearer Mittelstreckenraketen und der Einstellung der Baumaßnahmen für den Schnellen Brüter in Kalkar und die Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf die Proteste der Friedensbewegung und der Anti-Atom-Bewegung schnell zurückgingen.

Die ersten Jahre nach der Wiedervereinigung brachten für die Grünen eine Reihe gravierender Veränderungen. Im Dezember 1990 verloren die Westgrünen ihre Fraktion im Bundestag. Gleichzeitig schloss sich ihnen die Grüne Partei in der DDR an. Im Frühjahr 1991 verließ der radikalökologische Flügel die Partei, die sich 1993 mit dem Bündnis 90 vereinigte. Dieser Parteiwandel spiegelt sich in der neuen Bundestagsfraktion von 1994 und ihrer Zusammensetzung wider. Die Bundestagsabgeordneten sind die durch die Wahl auf den Parteitag legitimierten Repräsentanten ihrer Partei und können als Elite der Partei angesehen werden. Dementsprechend sind die Spitzenplätze auf der Landesliste heiß umkämpft.

Bis 1994 verstanden sich die Grünen per se als Vertretung der Jugend und hatten aus diesem Grund weder Konzepte noch Strategien, um die Jugend für sich zu gewinnen. In dem Maße, wie dieser Nimbus verloren ging, entwickelte sich eine Sensibilität für den Parteienachwuchs. Im Februar 1994, in zeitlicher Nähe zu den Listenaufstellungen zur Bundestagswahl, erfolgte auf dem Parteitag in Mannheim der Beschluss zur Gründung eines Grünen Jugendverbandes. Vorangegangen waren mehrere Versuche von Jugendlichen, sich als eine eigenständige Gruppe innerhalb der Grünen zu organisieren und als solche wahrgenommen zu werden, was in den Medien und Sozialwissenschaften häufig mit dem Begriff der Generation erfasst wird.

Seit Karl Mannheims Aufsatz *Das Problem der Generationen* (Mannheim 1970) boomt der Begriff und findet als soziologischer Grundbegriff immer mehr Verwendung, während die Konzepte Schicht und Klasse zur Erfassung des gesellschaftlichen Wandels und der Komplexität der Moderne in den Hintergrund treten. Die Generationenforschung verspricht die Bereitstellung eines Instrumentariums, das besser als die scheinbar statischen Begriffe Schicht und Klasse in der Lage ist, den Wandel der modernen Gesellschaft zu erfassen. Dabei werden Jugend und Generation zunehmend synonym behandelt (vgl. Bude 2005). Die Generationenforschung geht davon aus, dass Denken, Fühlen und Handeln eines Kollektivs durch gleiche altersspezifische Prägung und Erfahrung bestimmt wird. Diese Forschung ist darauf angelegt, die Frage zu beant-

worten, ob eine bestimmte altersspezifische Gruppe eine Generation darstellt (vgl. Jureit/Wildt 2005). Wir dagegen gehen von der Annahme aus, dass die Mitglieder unserer Erhebungsgruppe durch ihr junges Alter und die Neutralität gegenüber innerparteilichen Strukturen und Handlungsmustern eine neue Generation darstellen. Alle unsere InterviewpartnerInnen sind in den 1960er Jahren geboren (bis auf Matthias Berninger, der 1971 geboren ist) und würden nach gängigen Vorstellungen als Kinder der 68er oder Angehörige der Wendegeneration gelten. Solche Beschreibungen können aber dem offenen Charakter eines Oral-History-Projektes entgegenlaufen und das Analysefeld zu stark einengen. Anhand ihres Selbstverständnisses, ihrer Strategien und ihrer Handlungen auf dem Weg zum Bundestagsmandat wollen wir uns diesen jungen PolitikerInnen annähern.

Nicht unwichtig ist dabei zu beachten, dass sich unsere InterviewpartnerInnen nie als VertreterInnen einer Generation wahrgenommen haben. Lediglich Matthias Berninger wird bis heute beinahe einstimmig als Repräsentant einer „Jugendgeneration“ bezeichnet. Dieses Bild des damals jüngsten Abgeordneten wurde vor allem durch die Presse verbreitet und entfaltet seine Wirkung bis heute.

Unser Anliegen zielt also darauf, die von uns ausgewählte Gruppe der acht jüngsten Bundestagsabgeordneten von 1994 aus ihrer autobiographischen Erzählung zu verstehen und zu erfassen. Was macht diese acht jungen Abgeordneten als Gruppe aus? Was ist das verbindende Element, und was bringen sie mit ihrem Lebenslauf und Karriereverlauf „Neues“ in die Fraktion mit? Welcher neuere Persönlichkeitstypus eines Politikers oder einer Politikerin kristallisiert sich in den 1990er Jahren heraus? Welche Entscheidungen und Netzwerkverbindungen haben diese acht dazu geführt, sich bei den Grünen zu engagieren und sich letztendlich für den Bundestag aufstellen zu lassen? Dabei sollen die persönlichen Wege und Wahrnehmungen beleuchtet werden. Außerdem interessiert uns, welche Haltungen sie als PolitikerInnen eingenommen haben. Insgesamt sind es gerade Fragen nach dem Wie der politischen Praxis, auf die wir Antworten gesucht haben.

Ein Ereignis, welches in der Bundestagsfraktion und der Partei zwischen 1994 und 1998 besonders kontrovers diskutiert worden ist, war der Bosnienkrieg. Entlang des Bosnienkrieges wurde die grüne Debatte um Krieg und Frieden neu aufgerollt, die wir beispielhaft für ein Politikfeld aus der Sicht der acht jungen Abgeordneten nachvollziehen.

2. Quellen und Forschungsstand

Von Januar bis September 2017 haben wir acht Interviews durchgeführt. Vier Interviews fanden in den Wohnungen der Politiker in Dresden, Salzgitter, Tel Aviv und Dessau statt, drei in der Wohnung des Archivmitarbeiters in Berlin und eins in den Räumen der Heinrich-Böll-Stiftung. Wir haben uns für die Methode des lebensgeschichtlichen Interviews entschieden. Dabei steht die Person mit ihrem gesamten Lebenslauf im Mittelpunkt. Das Interview zielt darauf ab, die interviewte Person in den Modus des freien Erzählens zu versetzen (vgl. Wierling 2003; Maubach 2013). So sind acht erzählende Quellen entstanden, die künftigen ForscherInnen für weitere Untersuchungen im Archiv Grünes Gedächtnis zur Verfügung stehen. Die Quellen können somit auch für andere Fragestellungen genutzt werden. Mit den InterviewpartnerInnen

wurde vor dem Interview eine Vereinbarung getroffen, wonach die Audioaufzeichnung, das Transkript und der Vermerk zum Interview nach Abstand eines Jahres (also seit Ende 2018) für die Forschung offen sind und im Archiv Grünes Gedächtnis genutzt werden können.

Selbstverständlich sind lebensgeschichtliche Interviews eine nicht unproblematische und mit Spezifika behaftete Quelle. Es handelt sich immer um eine Selbstdarstellung, die eine nachträgliche Rekonstruktion einer Biographie beinhaltet. Trotz dieser Einschränkungen haben lebensgeschichtliche Interviews einen besonderen Quellenwert und können unter Berücksichtigung der üblichen quellenkritischen Methoden gelesen und gedeutet werden (vgl. Dejung 2008: 104-108; Wierling 2003: 94-105).

Die bekannteste wissenschaftliche Literatur zu den Grünen ist in den frühen 1990er Jahren entstanden, nachdem die westdeutschen Grünen im Bundestag nicht mehr vertreten waren. Das leitende Interesse dabei war, die Niederlage der Grünen zu erklären. In der Parteienforschung wurden vor allem drei Wege beschritten. Erstens wurden die innerparteilichen Strukturen als Fehlkonstruktion analysiert (vgl. Raschke 1993). Zweitens ist darauf hingewiesen worden, dass die Anti-Atomkraft-Bewegung wie die Friedensbewegung an Mobilisierungskraft für die Grünen verloren hatten und damit die Bewegungsbasis wegbrach (vgl. Stöss 1987). Drittens wurde festgestellt, dass der Wertewandel, der hinter dem Aufstieg der Grünen vermutet worden war, nicht länger von den Grünen als Alleinstellungsmerkmal reklamiert werden konnte, sondern einen breiteren Konsens in der Bevölkerung gefunden hatte (vgl. Müller-Rommel/Poguntke 1992; Poguntke 1993). In den Folgejahren beschäftigte sich die Parteienforschung überwiegend mit der Frage, welche Stellung Bündnis 90/Die Grünen im Parteiensystem der wiedervereinigten Bundesrepublik hatte (vgl. Niedermayer 2006: 126 ff.; Probst 2013).

Im Zuge der Historisierung der 1970er Jahre veröffentlichten Anselm Doering-Manteuffel und Lutz Raphael die folgenreiche Studie *Nach dem Boom* (Doering-Manteuffel/Raphael 2010), in deren Folge die Grünen in den Fokus der zeithistorischen Forschung rückten. So entstanden die Dissertationen von Silke Mende (2011) zu den Gründungsgrünen, von Saskia Richter (2010) zu Petra Kelly, von Birgit Metzger (2015) über das Waldsterben und von Stephen Milder (2017) über die Antiatombewegung in Wyhl. Ein anderer Forschungsstrang der zeithistorischen Forschung ist die Darstellung der Grünen im Kontext des Kalten Krieges (Miedema 2015; Wentker 2014; Giesecke/Bahr 2016). Mittlerweile haben namhafte Historiker die Grünen nicht nur im Kontext der Ökologiebewegung (Radkau 2011; Uekötter 2011), sondern auch als Gegenstand der allgemeinen Zeitgeschichte (Bösch 2019) in ihren Arbeiten behandelt.

Dieser Überblick über die politikwissenschaftliche und historische Forschung zeigt deutlich die weißen Flecken. Die historische Forschung zu den Grünen steht noch relativ am Anfang. Dabei ist die Geschichte der vereinigten Partei Bündnis 90/Die Grünen noch gar nicht behandelt worden. Dies ist umso bedauerlicher, als das Agieren der grünen PolitikerInnen von ihren Erfahrungen in der rot-grünen Regierungskoalition bis heute geprägt ist.

Nach einer turbulenten Gründungsphase wurden die Grünen in den 1990er Jahren eine etablierte Partei. Das in der ersten Hälfte der 1990er Jahre entwickelte Selbstverständnis als ökologische Reformpartei bestimmt ihr politisches Handeln bis heute. Damals wurden die Parteistrukturen reformiert, wurde beim Zusammenschluss mit dem

Bündnis 90 ein neues Grundsatzprogramm¹ verabschiedet und gelangten mit der Bundestagswahl von 1994 Personen an die Spitze der Partei, die den Kurs der Partei lange bestimmten. Wichtige Grundlagen für die heutige Ausrichtung der Partei wurden somit in den frühen 1990er Jahren gelegt. Diese Konstellation bestimmte unser Interesse an dieser Phase der Parteigeschichte.

Die Auswertung der acht Interviews folgt den Phasen, die unsere Interviewten auf dem Weg in die Bundestagsfraktion zurückgelegt haben. Wie genau der Weg von der Kandidatur bis zur Übernahme der politischen Ämter in der Fraktion verlief, wird im Folgenden nachgezeichnet. Wir rekonstruieren Schritt für Schritt aus den Erzählungen, wie sich unsere Protagonisten im Wahljahr 1993/94 verhalten haben, welche Netzwerke sie zur Verfügung hatten, welche Hürden sie überwinden mussten, welche Entscheidungen sie getroffen haben, um sich in der neuen Umgebung zu etablieren. Zuvor fragen wir, was junge Leute damals bewogen hat, sich bei den Grünen zu engagieren. Im ersten Abschnitt beschäftigen wir uns also mit den Motiven für den Parteieintritt, die aus der Rückschau zum ersten Schritt zu einer politischen Karriere wurden. Im letzten Abschnitt schildern wir an einem zentralen Thema der Zeit, dem Bosnienkrieg, wie sie sich als Politiker verhalten haben.

3. Warum Grüne?

So einfach kann eine erfolgreiche Politikerkarriere starten: Simone Probst, spätere Parlamentarische Staatssekretärin beim Umweltministerium, wurde auf einer Party im Sommer 1989 angesprochen, ob sie sich nicht vorstellen könnte, für die Grünen im Kreistag zu kandidieren. „Hilfe! Wir brauchen Frauen!“ (Probst: 10).² Ihr Interesse war geweckt, und sie ging zu der nächsten Sitzung des Kreisverbandes der Grünen in Paderborn, wo das Wahlprogramm für die Kommunalwahl besprochen wurde.

Und da war die Frage: Es ging um Fahrradfahren auf dem Bürgersteig. - Ich habe gefragt, ob das denn so wichtig sein kann als Wahlprogramm. Jedenfalls war ich mit zwei Wortmeldungen im Kreisverband schon hoch aktiv. Genau. Und dann bin ich auch drei Monate vor der Wahl bei den Grünen eingetreten [...] (Probst: 11).

Nach ihrem Eintritt fand drei Monate später die Kommunalwahl statt. Die Grünen schickten sechs Vertreter in den Paderborner Kreistag, und die 22-jährige Simone Probst als frischgebackene Grüne wurde Fraktionsvorsitzende.

Simone Probst und ihre jüngere Schwester wuchsen mit einer alleinerziehenden Mutter, die als Industriekauffrau arbeitete, in Gifhorn auf. Ganz zufällig war Simone Probsts Eintritt bei den Grünen nicht. Früh stand für sie fest, dass sie Physikerin werden wollte. Ihr Berufswunsch wurde durch die Katastrophe von Tschernobyl noch verstärkt,

1 Das Grundsatzprogramm von 1993 war bis 2002 gültig und kann nachgelesen werden unter: https://www.boell.de/sites/default/files/assets/boell.de/images/download_de/publikationen/1993_002_Politische_Grundsatzprogramme_Buendnis90DieGrünen.pdf.

2 Alle acht Interviews wurden transkribiert. Die Tondateien und Transkripte können im Archiv Grünes Gedächtnis eingesehen und genutzt werden. Die Seitenangabe bezieht sich auf das Transkript.

und sie entwickelte, nach ihren eigenen Worten, eine kritische Haltung zur Atomenergie. Hier liegt der Anfang ihrer Politisierung, die sie schließlich in den Bundestag geführt hat.

Welche Wege führten die anderen InterviewpartnerInnen zu einer Mitgliedschaft bei den Grünen? In eine Partei einzutreten ist eine politische Entscheidung, der eine erste Politisierung vorgelagert ist. Unsere InterviewpartnerInnen waren, soweit sie im Westen sozialisiert worden waren, vor allem aus Bewegungen zu den Grünen gekommen, daneben auch aus anderen politischen Organisationen, im Falle unseres Samples aus der trotzkistischen Gruppe Internationaler Marxisten (GIM), wohingegen die Befragten aus dem Osten im Kontext von Diktatur und Revolution in der DDR politisiert worden waren.

Der Einstieg in die Grünen über ein Engagement in den sozialen Bewegungen ist der Weg, der vor allem mit den Grünen als einer Bewegungspartei in Verbindung gebracht wird. Auch Volker Beck und Ursula Schönberger haben ihren Einstieg in die Politik so gefunden. Bereits mit 17 Jahren machte Ursula Schönberger, aus einem Handwerker-Elternhaus stammend, in München bei der Deutschen Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner mit und nahm an zahlreichen Demonstrationen teil. Die Anti-Atom-Bewegung rückte zunehmend ins Zentrum ihrer politischen Aktivitäten und ist bis heute mit der Mitarbeit beim „Schacht Konrad“ der Schwerpunkt ihrer Tätigkeit geblieben. Im November 1985 zog sie während ihres Politikstudiums nach Braunschweig und trat dort ein Jahr später den Grünen bei. Die kritische Haltung einer Bewegung gegenüber den Grünen als Partei hielt sie durchaus aufrecht. Aber, so Schönberger, da man keine anderen Ansprechpartner für die eigenen Belange sah, „ging man halt zu den Grünen“ (Schönberger: 11), wenn man etwas politisch bewirken wollte.

Na ja, ich wollte ja nicht ein Amt haben, sondern ich wollte ja Atomausstiegspolitik machen und fand, dass es wichtig ist, die Mittel des Bundestages zu nutzen, um für dieses Ziel weiterzukommen. Deswegen bin ich ja nicht zuerst kommunal, dann Land und dann Bund – abgesehen davon, dass es bei den Grünen eh nicht die Ochsentour wie bei der SPD gibt. Ich wollte nicht Politikerin werden, sondern Politik machen (Schönberger: 15).

Als Bewegungsvertreterin bei den Grünen wurden aber ihre Hoffnungen, „mittels Parteimöglichkeiten etwas für den Ausstieg aus der Atomenergie zu tun“ (Schönberger: 8), relativ schnell enttäuscht. Nach vier Jahren kandidierte sie nicht mehr, sondern wechselte als wissenschaftliche Mitarbeiterin in das Büro ihrer Parteifreundin, Annelie Buntentbach. Später trat Ursula Schönberger wegen des außenpolitischen Kurses der rot-grünen Bundesregierung aus der Partei aus.

Auch Volker Beck, der als „Vertriebenen- und Flüchtlingskind“ (Beck: 1) in Stuttgart geboren wurde, hat um 1980 herum eigene Erfahrungen in der Friedensbewegung gesammelt. Er war in der Selbstorganisation der Zivildienstleistenden (SOZ) aktiv und machte dabei ambivalente Erfahrungen. Positiv sind seine Erinnerungen an die kulturellen und politischen Aktivitäten der SOZ. In schlechter Erinnerung ist ihm die Kontrolle der „Druckerpressen“ durch die Parteipolitiker, insbesondere der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), geblieben. Beck konnte als ältester unserer Interviewpartner über die unmittelbare Gründungsphase der Grünen berichten.

Das schaue ich mir mal näher an. Es muss um die Zeit gewesen sein, wo es schon die gemeinsame Liste gegeben hat, aber die gemeinsame Partei noch nicht. Die GAZ³ galt ja als größte Vorläuferorganisation – die schaust du dir mal an. Da waren lauter so Lebensschützer- und Tierschützerstände. Dann dachte ich: Okay, das ist nicht meins [...] (Beck: 8).

Beigetreten ist er erst 1985 mit seiner zunehmenden Verankerung in der Schwulenbewegung und der parallel gewachsenen Vorstellung, dass die Grünen damals für Minderheiten eintraten. 1987 wurde er Schwulenreferent der Bundestagsfraktion. Von diesem Zeitpunkt an bezeichnete er sich als Berufspolitiker. Als roter Faden zieht sich somit sein Engagement in der Schwulenbewegung durch. Nach dem gescheiterten Versuch, 1990 in den Bundestag einzuziehen, wurde Volker Beck 1991 Mitglied des Vorstandes des Schwulenverbands in Deutschland (SVD). Von 1994 bis 2017 war er ununterbrochen Bundestagsabgeordneter, so lange wie kein anderer der acht Interviewpartner.

Zu der grünen Geschichte der 1980er Jahre gehört die Tatsache, dass mehrere kommunistische Gruppierungen, Minderheitengruppen und die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) versuchten, die Grünen zu unterwandern bzw. Einfluss auf den Kurs der jungen Partei auszuüben (vgl. Raschke 1993: 295-304; Klecha 2015: 160-227; Klecha 2017; Gieseke/Bahr 2016). Das bekannteste Beispiel war in der Gründungsphase der Kommunistische Bund, dessen Mitglieder sowohl in den Bundesvorstand wie auch in die Bundestagsfraktion gelangten. Weniger bekannt ist die Rolle der Gruppe Internationale Marxisten (GIM), die deutsche Mitgliedsorganisation der Vierten trotzkistischen Internationalen (vgl. Brandt/Steinke 1984). Andrea Fischer und Kerstin Müller gehörten der GIM an. Beide traten 1986 etwa gleichzeitig in Köln und in Berlin den Grünen bei.

Andrea Fischer, in Dortmund geboren und als Einzelkind aufgewachsen, Vater Journalist, Mutter Hausfrau, begann 1978 eine Druckerlehre und war seitdem Mitglied der Gewerkschaft IG Druck und Papier und als Mädchenvertreterin in deren Bundesvorstand. In diesen Strukturen festigten sich ihre politischen Orientierungen, und gleichzeitig kristallisierte sich ihr Interesse an der Sozialpolitik heraus, welches sie sowohl im Studium als auch als Politikerin verfolgt hat. Geradlinig war ihr Weg zu den Grünen allerdings nicht. Sie beschreibt diesen Weg folgendermaßen:

Ich bin in viel schlechtere Gesellschaft gekommen. Ich hatte ja vorher noch ein Intermezzo gehabt, dass ich nämlich bei der Vierten Internationalen war, bei der GIM. Und im Nachhinein würde ich heute sagen: Es ist eher der satirische Teil von meinem Leben [...]. Das Gute daran war: Sie waren keine Stalinisten, sondern wirklich klare Antistalinisten. Das kann man sagen. Deswegen muss man sich nicht nur schämen dafür. Aber ansonsten war das, glaube ich, eine völlig weltfremde Truppe [...] (Fischer: 13).

Der Entscheidung, den Grünen beizutreten, lag ein kollektiver Beschluss der GIM zugrunde, der sich aus der strategischen und eingeübten Praxis der Unterwanderung ergab.

3 Die Grüne Aktion Zukunft (GAZ) wurde von Herbert Gruhl nach seinem Austritt aus der CDU im Juli 1978 gegründet.

Und dann hatten Trotzlisten ja eine langjährig geübte Praxis des sogenannten Entrismus. Das heißt, man geht dann zum Beispiel in eine sozialdemokratische Partei [...]. Und damals dachten wir halt, wir sollten das bei den Grünen tun (Fischer: 14).

Zwar ist Andrea Fischer den Grünen mit der Absicht beigetreten, die Partei zu verändern, übte aber zunächst keinen spürbaren Einfluss aus. Im Grunde verfolgte sie bis zur Wende in den Arbeitsgruppen ihre sozialpolitischen Themen wie vorher und parallel in ihrem wirtschaftswissenschaftlichen Studium:

Ich war ja bislang immer noch mit so einem halben Herzen nicht so richtig dabei. Und als dann die Niederlage 1990 kam, dachte ich mir: Da musst du jetzt was tun (Fischer: 15).

Damit begann ihr aktives Engagement bei den Grünen. Für zwei Jahre wurde sie in das zweithöchste Gremium der Bundespartei, den Länderrat, delegiert.

Kerstin Müller stammt aus dem Rheinland. Der Vater war Betriebsingenieur, die Mutter Krankengymnastin, sie hat einen jüngeren Bruder. Von 1983 bis 1990 studierte sie Rechtswissenschaft in Köln. Aus ihrem linken Selbstverständnis heraus fühlte sie sich in der konservativen Universitätsumgebung einschließlich der Fachschaft nicht wohl und engagierte sich lieber in der Frauenbewegung und im Kölner Flüchtlingsrat. Ihre politische Heimat wurde die GIM, die sie als Gruppe folgendermaßen beschreibt:

Da gab es eine Gruppe – die Trotzlisten haben ja immer [Entrismus] gemacht. Sind in andere Organisationen rein und haben dann da ... Manche haben gesagt: Es nannte sich unterwandern. Aber es war eigentlich klar, dass die GIM sich auflösen würde. Ein Teil hat mit den alten Kommunisten fusioniert; ein Teil, eigentlich der pragmatischere, der reformerische Teil, der ist in die Grünen gegangen. Ich bin da sozusagen mit denen zusammen in die Grünen gegangen (Müller: 8).

Nach einem Auslandsjahr wurde Kerstin Müller direkt in den Vorstand des Kreisverbandes Köln gewählt. Nach zwei Jahren als Sprecherin des Kreisverbandes stieg sie an die Spitze des Landesverbandes auf und war von 1990 bis 1994 Landesvorsitzende in Nordrhein-Westfalen. Vom Beginn ihrer Mitgliedschaft bei der GIM über ihre Rolle auf der Kreis- und Landesverbandsebene bis in die Bundestagsfraktion blieb Kerstin Müller eine ausgewiesene Vertreterin der Parteilinken.

Mit Antje Hermenau und Steffi Lemke haben wir in unserem Sample zwei Politikerinnen, die in der DDR aufgewachsen sind. Ihr Eintritt bei den Grünen erfolgte im Kontext des Zerfalls der DDR und der Gründung neuer Parteien. Beide sind der Grünen Partei in der DDR beigetreten und nicht einer der anderen Organisationen der Bürgerbewegung, weil für beide der Umweltaspekt und die damit verbundene Gesundheitsfrage entscheidend waren. Beide waren weder in Kirchenkreisen noch in den Massenorganisationen der DDR aktiv gewesen.

Antje Hermenau – aus Leipzig, Vater Metallarbeiter, Mutter Industrieschneiderin, zwei Geschwister – arbeitete nach ihrem Studium seit August 1989 als Lehrerin für Deutsch und Englisch in einer Leipziger Schule. Den anschwellenden Protest und die

Montagsdemonstrationen in Leipzig erlebte sie aus nächster Nähe. Die durch die politischen Umbrüche eröffneten Räume nutzte sie bewusst und schaute sich die zahlreichen Parteigründungen an. Diese Annäherung beschreibt sie als „Privatstudium“:

David, mein Mann, und ich sind los und haben uns alle Neugründungen angeguckt. Ich sage: Keine Blockpartei! Das hätte ich früher schon haben können. Über die Kommunisten brauchen wir gar nicht reden. [...] Dann haben wir uns alle Neugründungen angeguckt: Demokratischer Aufbruch, Demokratie Jetzt. Frauenverband habe ich mir geschenkt. Aber Friede und Menschenrechte, Grüne. SPD haben wir auch geguckt. Bin ich gleich wieder abgedreht, [...] ich bin bei den Grünen hingengeblieben. Das waren ja nur Gespräche unter Menschen. Leipzig war in einer desolaten ökologischen Situation. War völlig versifft. Ein Viertel meiner Kinder in der Schulklasse hatte chronische Bronchitis und Neurodermitis. War schrecklich. War richtig schlimm. Ich habe bis heute einen chronischen Lungenschaden. Das ist einfach so. [...] Deswegen bin ich bei den Grünen gelandet (Hermenau: 21 f).

Nach der „Ablösung der Diktatur“, wie sie es bezeichnet, war sie auf der Suche nach einer politischen Heimat. Dabei waren neben den menschlichen Faktoren vor allem der Gesundheits- und Umweltaspekt entscheidend.

Ich war aber bei den Grünen, weil ich eben die Umweltsituation in Leipzig einfach scheiße fand. Punkt. Und eine andere Partei hat das nicht angeboten. So banal ist es (Hermenau: 23).

Steffi Lemke stammte ebenfalls aus der DDR. Sie wuchs in Dessau mit zwei Geschwistern auf. Die Mutter war Lehrerin, der Vater Diplom-Ingenieur in einem Hydrierwerk. Ihre „gewisse bleibende Systemopposition“ ist durch die persönliche Erfahrung mit der willkürlichen Nichtzulassung zum Abitur, die ihren angestrebten Lebensweg verbaut hatte, begründet. Sie erlebte somit das System voller „Schwachstellen, Absurditäten, Irrationalitäten“ (Lemke: 6). Ihre Beteiligung an Projekten der Interessengemeinschaft Stadtgestaltung (IGS) und der Ökologiegruppe unter dem Dach des Kulturbundes in Dessau bildeten erste Berührungen mit der „oppositionellen“ Politik. In Kontakt mit diesen Gruppen kam sie auf der Abendschule, wo sie das Abitur nachholte. Später als Studentin an der Humboldt-Universität in Berlin erlebte sie unmittelbar die Gründung der Grünen in der DDR. Als in Dessau der dortige Stadtverband gegründet wurde, trat sie sofort in die Partei ein.

An den Eintrittsdaten unserer Befragten fällt auf, dass vier von ihnen 1985/86 und die anderen vier 1989/90 den Grünen beitraten. Die Jahre 1985/86 fallen noch in die Zeit der ersten Eintrittswelle. Bis 1987 stieg die Mitgliederzahl auf 42.419 und erreichte damit den ersten Höhepunkt.⁴ Eine vergleichbare Attraktivität der Grünen lässt sich für

4 Vgl. Oskar Niedermayer, Mitgliederentwicklung der Parteien, Bundeszentrale für Politische Bildung, 07.10.2017.

<http://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/zahlen-und-fakten/138672/mitgliederentwicklung> (17.4.2018).

1990 nicht feststellen, vielmehr waren die Mitgliederzahlen rückläufig. Diese übergreifenden Stimmungen spiegeln sich auch in den Motivationen unserer InterviewpartnerInnen.

Aus unserer Erhebungsgruppe ist Matthias Berninger als letzter den Grünen beigetreten, und zwar als direkte Reaktion auf die Niederlage bei der Bundestagswahl 1990:

Aber bin wirklich erst beigetreten an dem Abend, als wir die erste gesamtdeutsche Wahl hatten, die ja dank der grünen Verfassungsklage nicht gesamtdeutsch war, was uns dann auch gleich wieder auf die Füße gefallen ist. Und als der grüne Sessel aus dem Raum der Bonner Runde rausgeschoben wurde, hab ich mir gedacht: Nee, das will ich aber nicht und bin an dem Abend eingetreten (Berninger: 4).

Zu diesem Zeitpunkt war er 19 Jahre alt und kam aus einer SPD-dominierten Gegend in Nordhessen, wo die Großeltern noch Bauern gewesen waren, "beschauliche dörfliche Verhältnisse" (Berninger: 1). Der Vater war Fabrikarbeiter, die Mutter Hausfrau mit einem Sohn und zwei Töchtern. Die Familie war entschieden sozialdemokratisch.

Mein Großvater war langjähriger Sozialdemokrat, meine Onkels. Mein Vater war Gewerkschafter und Betriebsrat, war auch in der SPD. Aber ich konnte in Nordhessen diese... Jeder Besenstiel wurde gewählt, wenn er ein Sozialdemokrat war – so ein bisschen wie die CSU in Bayern zu der Zeit. Das ist mir immer sehr zuwider gewesen (Berninger: 8).

Seine Motivation, bei den Grünen mitzugestalten, erwuchs, wie er es selbst formulierte, aus einem Bedürfnis nach Abgrenzung.

4. Von der Entscheidung zur Kandidatur bis zum Einzug in den Bundestag

So erfolgreich die politische Karriere der von uns Befragten aus heutiger Perspektive auch war, so wenig hatten sie ihres Weges in den Bundestag gewiss sein können. Die meisten kandidierten nicht auf einem sicheren Listenplatz und konnten nicht mit Sicherheit von einem Einzug in den Bundestag ausgehen. Trotzdem verlangte ihnen die Zeit von der Entscheidung zur Kandidatur bis zur erfolgreichen Wahl und Mitgliedschaft in der Fraktion viel Einsatz und Kraft ab. Von Herbst 1993 bis Herbst 1994 gab es eine Reihe von Schlüsselsituationen, die wir im Folgenden anhand von prägnanten Beispielen aus den Interviews erzählen, wobei nur einige der Befragten zu Wort kommen, tatsächlich aber alle diese Schlüsselmomente meistern mussten. Nach einer persönlichen Entscheidung, die häufig von bestimmten Personen aus der Partei angestoßen wurde, mussten unsere InterviewpartnerInnen um Rückhalt in ihrem Landesverband werben, also in ihren Netzwerken, in den Kreisverbänden und den Facharbeitskreisen. Üblicherweise mussten sie sich als KandidatIn für ein Direktmandat aufstellen lassen, bevor sie die entscheidende Hürde bei der Listenaufstellung nehmen konnten. Schließlich folgte der Wahlkampf, der schwerpunktmäßig regional und nur für einige wenige (wie Volker Beck) auch bundesweit geführt wurde. In Bonn angekommen, erlebten sie nicht selten einen Realitätsschock. Der angestrebte Ort innerhalb der Fraktion musste

noch zu einem vertrauten gemacht werden, und auch der Kampf um die Ausschussmitgliedschaften war nicht einfach und gleichzeitig entscheidend, weil er die thematischen Schwerpunkte der Arbeit für die nächsten Jahre bestimmte.

4.1 Entscheidung für die Kandidatur

Im Vergleich zu den 1980er Jahren, als die Kandidaturen für den Bundestag einem bestimmten Muster, vor allem der thematischen Verankerung in den Arbeitskreisen, folgten, weisen die Entscheidungen und Wege unserer ProtagonistInnen kein erkennbares Muster auf. Die Motive ebenso wie die Situationen in der jeweiligen Umgebung, den Landesverbänden, waren sehr unterschiedlich. Volker Beck hatte bereits 1990 kandidiert, als die Westgrünen insgesamt gescheitert waren. Er sah seine Bewerbung 1994 als zweiten Versuch, in den Bundestag zu kommen:

Dann habe ich gedacht: Dann probiere ich es 1994 eben noch mal. Und wenn es dann nicht klappt, dann musst du dir endgültig eine andere Perspektive für Broterwerb wieder jenseits der Politik suchen, vielleicht das Studium zu Ende machen und was Vernünftiges tun. Aber dann hat es ja mit Ach und Krach geklappt (Beck: 21).

Alle anderen kandidierten 1994 erstmals, wobei Antje Hermenau in den Jahren von 1990 bis 1994 Erfahrungen als Landtagsabgeordnete in Sachsen gesammelt hatte. Sie hätte gern ihre parlamentarische Karriere als sächsische Schulpolitikerin fortgesetzt und die praktische Umsetzung des neuen Schulgesetzes mitbegleitet, doch gab es um genau diese Position in der Person von Gundula Röstel Konkurrenz im Landesverband, weshalb sich Antje Hermenau zum Wechsel in die Bundespolitik entschied. Allerdings war sie unsicher, ob sie sich diese neue Herausforderung zutrauen konnte. Bei Wolfgang Nowak, SPD-Politiker und Staatssekretär im Sächsischen Kultusministerium, holte sie sich deshalb Rat. Sie erinnert sich, dass sie ihm die Frage stellte: „Sie meinen, ich könnte in den Bundestag? Ich bin doch bestimmt zu blöd dafür“ (Hermenau: 28). Doch Nowak machte ihr Mut.

Im Übrigen muss man berücksichtigen, dass unsere InterviewpartnerInnen sehr jung waren. Nur Volker Beck, Andrea Fischer und Antje Hermenau waren im eigentlichen Sinne bereits berufstätig. Die anderen hatten gerade ihr Studium bzw. ihr Referendariat abgeschlossen. Die Entscheidung zur Kandidatur fiel somit in die Phase der beruflichen Orientierung. Bei Kerstin Müller zum Beispiel lag die Aufstellung der Landesliste NRW zwei Monate vor dem zweiten juristischen Examen. Dabei hatte sie ihrer Erinnerung nach ihr Studium abschließen und sich als Anwältin niederlassen wollen, als sie sich doch für eine Kandidatur für den Bundestag entschied.

Bei Simone Probst fiel die Entscheidung für die Kandidatur aus einem Konflikt im Kontext der beruflichen Selbstfindung. Als sie eine Promotionsstelle als Physikerin an der Universität Paderborn anstrebte und ihr der Professor riet, als Frau in der Didaktik zu promovieren, fühlte sie sich diskriminiert und war empört:

Und da war ich so stinksauer – so stinksauer! [...] Jetzt kandidiere ich für den Bundestag. Das war meine Entscheidung. Aus Trotz (Probst: 9).

Matthias Berninger war noch Student, als er für die Landesliste kandidierte. Bei ihm fielen Wahlkampf und Abschluss des Studiums zusammen. Als jüngster Abgeordneter im Bundestag war er häufig mit dem Vorwurf konfrontiert: „Der hat ja nie was Richtiges gemacht, der hat ja nie einen ordentlichen Beruf gemacht“ (Berninger: 3). Sechs Wochen nach der konstituierenden Sitzung, in der Fraktionssitzung am 29. November 1994, gratulierte Joschka Fischer Matthias Berninger zu seinem Studienabschluss: „Zu Beginn der Sitzung gratuliert die Fraktion Matthias Berninger ganz herzlich zu seinem gestern erfolgreich abgeschlossenen Berufsabschluss.“⁵

Auch Steffi Lemke hatte 1993 gerade ihr Studium der Agrarwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin abgeschlossen, als sie sich entschied, eine politische Karriere anzustreben und für den Bundestag zu kandidieren. Dabei kam ihr zugute, dass wegen der Regierungsbeteiligung der Bündnisgrünen in Sachsen-Anhalt alle Spitzenpolitiker des Landesverbandes gebunden waren und Steffi Lemke als Newcomerin der Weg zum Listenplatz eins offenstand.

Ursula Schönberger, die seit der Gründung 1987 bei der Schacht-Konrad-Initiative mitgearbeitet hatte, machte 1991 ihren Magister in Politikwissenschaft. In den Jahren 1992/93 war sie gänzlich von der Einwendungskampagne gegen die Genehmigung von Schacht Konrad absorbiert. Auch bei den Grünen trat sie für ihr Thema auf. Sicherlich entfaltete Ursula Schönbergers Präsenz bei den Parteitag der niedersächsischen Grünen eine Wirkung im Landesverband und sorgte dafür, dass ihr Name mit dem Thema verbunden wurde:

Ich war dann ja immer auf den Landesdelegiertenkonferenzen auch oft mit einem Infostand im Vorraum, um dann über Atomthemen zu informieren. Das ist immer sehr wohlwollend aufgenommen worden (Schönberger: 14).

Ihre Kandidatur war sozusagen die Fortsetzung der Kampagne, um für die Anti-Atom-Bürgerinitiativen Politik im Bundestag zu machen.

Allen unseren GesprächspartnerInnen war die besondere Situation, in der sie sich 1993/94 befanden, durchaus bewusst. Korrekterweise muss man hier zwischen den alten und den neuen Bundesländern strikt unterscheiden. Die acht Bundestagsabgeordneten dieser Legislaturperiode stammten alle aus dem Osten, aber deren Chancen, mit einem ähnlichen Ergebnis wie 1990 wiedergewählt zu werden, standen aufgrund der allgemeinen Stimmung denkbar schlecht. Marianne Birthler beispielsweise, die eine der prominentesten Sprecherinnen der Bürgerbewegung und Bundesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen war, verfehlte als Spitzenkandidatin in Brandenburg das Bundestagsmandat (vgl. Birthler 2014: 278-292). Im Westen dagegen gab es aufgrund der Niederlage von 1990 keine Mandatsinhaber, sondern nur mehr oder weniger prominente Grüne. Entsprechend groß waren die Chancen für neue Gesichter. Tatsächlich kamen von den 34 1994 erstmals in den Bundestag gewählten Bündnisgrünen 32 aus dem Westen. Für die jungen Grünen aus dem Westen stand also das Fenster der Opportunity weit offen. Und da sie sich auch biographisch an einem Scheideweg befanden, wurde ihr Versuch, Bundestagsabgeordnete zu werden, als eine einmalige Chance begriffen, die vermutlich nie wiederkommen würde.

5 Fraktionsrundbrief 5/1994, Archiv Grünes Gedächtnis (AGG), B.II.3, Sign. 57.

4.2 Listenaufstellung

Die Listenparteitage zur Bundestagswahl sind Höhepunkte der innerparteilichen Willensbildung. Hier wird entschieden, welche KandidatInnen die Landesverbände aufstellen. Im Vergleich zu anderen Parteien gibt es bei den Grünen keine vom Vorstand vorgefertigte KandidatInnenliste. Allenfalls existieren informelle Vorgaben und Einflussnahmen. Daraus ergibt sich, dass um einzelne Plätze eine Vielzahl an KandidatInnen antritt. Für NeueinsteigerInnen wie unsere InterviewpartnerInnen bietet dieses Verfahren vor allem Chancen, wie Matthias Berninger eindrucksvoll im Interview schilderte. Bei dem hessischen Listenparteitag im März 1994 traten acht Kandidaten um den Listenplatz 4 an, von denen Hubert Kleinert der prominenteste war, der auch von Joschka Fischer unterstützt wurde. Matthias Berninger war in der Rolle des Herausforderers. In Abgrenzung zum ehemaligen Parlamentarischen Geschäftsführer der Bundestagsfraktion betonte Berninger in der Bewerbungsrede sein jugendliches Alter und wies darauf hin, dass er 1983 beim Einzug der Grünen in den Bundestag zwar erst in der sechsten Klasse gewesen sei, aber jetzt die Zeit für die Jugend gekommen sei, um mit dem „Umbau unserer Gesellschaft noch in diesem Jahrtausend zu beginnen“ (vgl. AGG, C Hessen I.1, Sign. 114).

Die Begegnung mit informellen Strukturen, die die Listenaufstellung im Hintergrund beeinflussen, schildern mehrere unserer InterviewpartnerInnen. Simone Probst berichtete:

Der Michael Vesper rief mich an und sagte, das Gerücht wäre jetzt in den Kreisverband Bielefeld gekommen, ich würde kandidieren wollen. So ungefähr. Dann habe ich gesagt: Ja, klar! Gar nicht wissend, dass das alles doch immer sonst austariert (war). Da war Annelie Buntenbach und so. Aber mit so einer Unbefangenheit konnte auch keiner was dagegen machen, weil, du hast ja da auch noch keine Mechanismen, parteimäßig, wie du sonst Listen auskugelst (Probst: 12 f).

Den Anruf von Michael Vesper empfand Simone Probst damals als eine freundschaftliche Geste. Erst viel später habe sie den Kontext des Anrufs durchschaut, dass nämlich Michael Vesper als Bielefelder mit einer starken Stellung im Landesverband Nordrhein-Westfalen ein spezifisches Interesse an der Zusammensetzung der Landesliste hatte. Simone Probst als Paderbornerin stand am ehesten in Konkurrenz zu Annelie Buntenbach aus Bielefeld. In der Tat schnitt Annelie Buntenbach bei der Listenaufstellung viel schlechter ab als Simone Probst. Obwohl sie bereits ab dem dritten Listenplatz kandidiert hatte, landete sie mit Platz elf auf dem letzten Listenplatz, der für den Einzug in den Bundestag qualifizierte.⁶ Im Interview bezog sich Simone Probst außerdem darauf, dass die Listenaufstellung nicht durch Mandatsverteidiger vorbestimmt war, da es seit vier Jahren keine Bundestagsfraktion gab. Die Situation sei so offen gewesen, wie bei keiner späteren Bundestagswahl. Im Nachhinein fand Simone Probst ihr Auftreten naiv, aber gleichzeitig brachte ihr diese Unbefangenheit einen Vorteil.

⁶ Vgl. Liste der gewählten Kandidaten für die Bundestagsreserveliste auf dem Landesparteitag vom 30.01.1994, AGG, C NRW I.1., vorl. Sign. 1398.

Volker Beck beschrieb dagegen die Risiken des offenen Verfahrens und schilderte die verlustreichen Duelle, die er sich mit seinem „Dauergegenkandidaten“ Roland Appel lieferte:

Davor war es immer eine Rangelei, weil Roland Appel, der kurioserweise auf derselben Seite steht, immer mit mir gemeinsam auf denselben Platz kandidiert hat und er als damals Landtagsabgeordneter natürlich im Landesverband viel beheimateter war als ich. Ich hatte in der Zeit auch nicht viel in der Partei gemacht, sondern eher auf diese inhaltliche Arbeit gesetzt. Wir fischten ein bisschen im linken Bereich im selben Milieu und haben deshalb eigentlich immer dafür gesorgt, dass andere Kandidaten durchkamen, aber keiner von uns die Chance hatte. Er hatte dann auf 10 aufgegeben und ich wurde dann auch gewählt (Beck: 21 f).

Nach den Wahlergebnissen von 1994 schickte Nordrhein-Westfalen insgesamt elf Mitglieder des Landesverbandes in den Bundestag. Volker Beck hatte also den letzten für ihn möglichen Männerplatz gewonnen. Zum Zeitpunkt der Listenaufstellung konnte er nicht davon ausgehen, einen sicheren Listenplatz erreicht zu haben. Insgesamt waren nur drei der acht Interviewten auf sichere Plätze gewählt worden: Steffi Lemke auf Platz eins in Sachsen-Anhalt, Kerstin Müller auf Platz drei in NRW und Simone Probst auf Platz sieben in NRW. Die anderen starteten auf einem unsicheren Listenplatz in den Wahlkampf und waren auf ein gutes Wahlergebnis angewiesen, so dass für sie besonders viel von einem erfolgreichen Wahlkampf abhing.

4.3 Der Wahlkampf

Wegen seines hohen Bekanntheitsgrades und als einer der führenden Sprecher der Schwulenbewegung trat Volker Beck im Wahlkampf bundesweit auf. Als ein gefragter Redner wurden seine Wahlkampfauftritte in der Bundesgeschäftsstelle koordiniert. Im Einzelnen konnte er sich aber an den Wahlkampf 1994 nur schwer erinnern. In seinem Wahlkreis in Köln fand parallel zur Bundestagswahl auch die Kommunalwahl statt. Der Ankerpunkt in seinen Erinnerungen an den Wahlkampf ist das Plakat, das ihn zusammen mit Volker Bulla, der für den Kölner Stadtrat kandidierte, zeigte:

Das war: Volker und Volker stehen auf Männer. Köln steht hinter beiden. – Und das haben wir wirklich an alle Bauzäune und sonst was geklebt. Haben auch zum Vergnügen meines Ortsverbandes damals bei Michael Schneider, der früher mal Kollege war und inzwischen Saunabesitzer geworden ist, in der Schwulen-Sauna dann die Wahlkampfabschlussparty gemacht. Da wurde dann auf dem Pool eine Bühne aufgebaut, da trat eine Transe aus Köln auf. Und ansonsten war ich damals durch diese Aktion Standesamt einfach bekannt. War bundesweit herumgefahren und habe die schwule Community für die Grünen mobilisiert. Das weiß ich noch (Beck: 25 f).

Volker Beck warb als Vertreter des Schwulenverbandes also auch in den Jahren vor der Bundestagswahl 1994 für die Rechte der Schwulen. Sein Wahlkampf unterschied sich nicht wesentlich von den Kampagnen der Schwulenbewegung und sorgte genauso für Aufmerksamkeit wie die Aktion Standesamt im August 1992, bei der in zahlreichen

deutschen Städten etwa 250 schwul-lesbische Paare ihr Aufgebot bei den Standesämtern bestellen wollten (Bruns 1997).

Simone Probst erinnert sich daran, dass der Weg zu der Kandidatur sehr aufwendig war. Bevor der Landesparteitag sie auf Platz sieben der Landesliste gewählt hatte, fanden fünf Regionalkonferenzen statt, bei denen sich die KandidatInnen aus NRW in einer inhaltlichen Diskussion behaupten mussten. Die Unterstützung durch die Kreisverbände und Fraktionen in den Kommunen in Ostwestfalen war etwas, auf das Simone Probst während des Wahlkampfes zurückgreifen konnte. Sie erinnert sich besonders an die Ideen und die Begeisterung der Grünen auf der lokalen Ebene. Dieses kommunale Engagement war in dem 1994er Wahlkampf besonders wichtig, weil es keine Bundestagsfraktion mit Regionalbüros gab, die normalerweise die organisatorische und politische Unterstützung für den Wahlkampf leisten.

Das habe ich auch so in Erinnerung, dass einfach immer die aus den kommunalen Mandatsträgern – gerade 94, wo es ja nichts aus dem Bundestag gab, das war ja eigentlich die Stützen – den Wahlkampf mitgemacht haben (Probst: 16).

Auf eine vergleichbare Infrastruktur von Orts- und Kreisverbänden wie in Nordrhein-Westfalen konnte Antje Hermenau in Sachsen nicht zurückgreifen, und sie hatte auch keinen sicheren Listenplatz wie Simone Probst. Hinzu kam, dass der Wahlkampf des Landesverbandes Sachsen ganz auf den Spitzenkandidaten Werner Schulz zugeschnitten war. Antje Hermenau war nicht nur in den Hochburgen Leipzig und Dresden, sondern im gesamten Sachsen im Straßenwahlkampf und redete direkt mit den Leuten vor Ort. Markant erinnert sie sich, wie sie eine Woche vor der Wahl noch auf eigene Kosten einen Werbespot im Radio Lausitz geschaltet hatte, wie sie als Antje Rush-Hermenau bekannt war und schließlich als „zweite Sachse“ in den Bundestags reingerutscht sei (Hermenau: 67).

Für Kerstin Müller als amtierende Landesvorsitzende in Nordrhein-Westfalen begann der Wahlkampf 1994 als Europawahlkampf. Im Mai und Juni wurde sie mehrfach von den Kreisverbänden als Rednerin eingeladen (vgl. AGG, C NRW I.1, vorl. Sign. 1269). Außerdem war sie häufig Teilnehmerin an den wöchentlichen Sitzungen der bundesweiten Wahlkampfkoordination, die zusammen mit der vom Bundesvorstand ausgewählten Agentur über Großveranstaltungen, Wahlkampfspots, Plakate und andere Materialien entschied (vgl. AGG, C NRW I.1, vorl. Sign. 1182). Durch die Teilnahme an der Wahlkampfkoordination war Kerstin Müller bestens informiert und vernetzt und konnte vieles für den Wahlkampf des eigenen Landesverbandes verwenden. Als Wahlkampfrednerin war sie in ganz Nordrhein-Westfalen präsent.

Im Allgemeinen konnten sich unsere InterviewpartnerInnen nur schlecht an den Wahlkampf 1994 erinnern. So viel wurde aber aus den Erzählungen klar, dass sie im Wesentlichen den Wahlkampf in ihrem Bundesland bzw. regional (z.B. Nordhessen oder Ostwestfalen) führten. Mit dem Abstand von mehr als 20 Jahren und nach vielfachen nachfolgenden Wahlkämpfen beschrieben sie übereinstimmend ihre Naivität und Unerfahrenheit in diesem für sie so entscheidenden Wahlkampf. Steffi Lemke sagte dazu:

Ich weiß es nicht mehr. Aber das hatte zu dem Zeitpunkt nicht wirklich eine Bedeutung, wenn du das auch noch nie gemacht hast vorher, du gehst da ja mit

einer Naivität ran an solche Geschichten – noch dazu, wie gesagt, in dem Alter (Lemke: 30).

Bundestagswahlkämpfe haben eine festgelegte zeitliche Abfolge. Die heiße Phase beginnt gewöhnlich direkt nach den Sommerferien. Das war auch 1994 trotz des Europawahlkampfes im Frühjahr der Fall. In Hessen zum Beispiel hatte Matthias Berninger laut seiner Planung nach einer dreitägigen Fahrradtour durch den Werra-Meißner-Kreis im September und Oktober fast täglich Wahlkampftermine. Häufig trat er neben den Spitzenkandidaten Joschka Fischer und Antje Vollmer auf. Mindestens genauso häufig absolvierte er Veranstaltungen mit der Grünen Jugend (vgl. AGG, C Hessen I.1, Sign. 474). An einen gemeinsamen Wahlkampfauftritt mit Matthias Berninger erinnerte sich Steffi Lemke, die sie als eine „ganz aberwitzige Wahlkampfveranstaltung“ in der Altmark beschrieb. Bei der gemeinsamen Zugfahrt hätten sich beide über ihre Wege in die Partei ausgetauscht. Trotz des ähnlich jungen Alters und der Mitgliedschaft in derselben Partei trennten beide doch Welten, bemerkte Steffi Lemke:

[...] wo ich im Zug dann das erste Mal mitbekommen habe, dass man in der gleichen Partei sein kann und doch sehr, sehr unterschiedlich sein kann [...]
(Lemke: 30).

Matthias Berninger entsprach gar nicht den Erwartungen an einen Westgrünen, die sie mit Protest gegen Atomkraftwerke und Friedenspolitik verbunden sah. Sein Weg in die Partei über Abfallpolitik bzw. Müllverbrennung und die Wahlniederlage von 1990 war ihr damals vollkommen fremd.

Während des Wahlkampfes konnten unsere InterviewpartnerInnen auf unterschiedliche Netzwerke zurückgreifen. Für den Wahlkampf machte es unmittelbar einen Unterschied, ob man als Sprecher der Grünen Jugend Hessen (Matthias Berninger), als Landesvorsitzende in Nordrhein-Westfalen (Kerstin Müller), als Spitzenkandidatin in Sachsen-Anhalt und in den bundesweit organisierten Ost-Frauen-Wahlkampf eingebunden (Steffi Lemke), als Repräsentanten der Schwulen- bzw. Anti-Atom-Bewegung (Volker Beck und Ursula Schönberger) oder grüner Kommunalpolitik (Simone Probst) auftrat.

4.4 Die Wahl

Die Bundestagswahl 1994 war in mehrerer Hinsicht außergewöhnlich. Noch nie war eine Bundesregierung abgewählt worden, aber die seit 1982 amtierende Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP konnte Meinungsumfragen im vierten Quartal 1993 zufolge „nur [noch] 42,7 Prozent der Wählerstimmen“ auf sich vereinigen, während 52,6 Prozent für SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die PDS stimmen wollten.⁷ Die Mehrheit der Bundesbürger erwartete deshalb einen Machtwechsel. Tatsächlich konnte sich Helmut Kohl am Ende doch gegen seinen Herausforderer Rudolf Scharping behaupten, wenn auch nur „hauchdünn“, mit einem Vorsprung von 0,3 Prozent der Zweitstimmen (vgl. Stöss 1997: 20).

⁷ Vgl. Erhebung des Allensbach-Instituts, zitiert bei Stöss 1997: 19.

Dabei war das allgemeine politische Klima vor allem durch das Ausbleiben des von Helmut Kohl versprochenen Wirtschaftsaufschwungs mit dramatischen Arbeitslosenzahlen in den neuen Bundesländern und durch eine „bis dahin unbekannte Welle rassistischer Gewalt“ geprägt, die „1993 mit rund 10.000 Gesetzesverletzungen ihren Höhepunkt erreichte“ (Vgl. Stöss 1997: 20). Diese Situation tangierte den Osten und den Westen der Bundesrepublik sehr unterschiedlich, was sich im Wahlergebnis umso stärker niederschlug, als es im Osten noch keine langfristigen Parteibindungen gab. Das Ergebnis wies deshalb eine prägnante „regionale Strukturierung des Wahlverhaltens“ auf mit einem deutschlandweiten Ost-West-Gefälle sowie innerhalb des Westens mit einem zusätzlichen Nord-Süd-Gefälle (vgl. Forschungsgruppe Wahlen u.a. 1998: 55).

Ausschlaggebend dafür, dass Helmut Kohl bis zur Wahl den Rückstand der Union aufholen konnte, war die positive „Einschätzung der Wirtschaftsentwicklung“, man muss hinzufügen: im Westen (Weßels 1998: 260). In der Folge konnten die Grünen im Westen an Stimmungen und Lagen aus den 1980er Jahren anknüpfen und die Niederlage vom 2. Dezember 1990 wettmachen, während dem Bündnis 90 im Osten der Wind ins Gesicht blies. Bündnis 90 und Die Grünen hatten sich erst ein Jahr vor der Bundestagswahl vereinigt. Aber nach wie vor agierten sie im Westen und im Osten höchst unterschiedlich.

Am Wahlabend des 16. Oktober 1994 hatten die Grünen im Westen in allen alten Bundesländern die Fünf-Prozent-Hürde genommen und in den drei Stadtstaaten sogar zweistellige Ergebnisse erzielt. Insgesamt hatte Bündnis 90/Die Grünen im Westen ein Ergebnis von 7,9 Prozent erreicht, im Osten aber nur 4,3 Prozent. Die Ergebnisse in den neuen Bundesländern lagen dabei zwischen 4,9 Prozent in Thüringen und 2,9 Prozent in Brandenburg.

Die Wählerschaft der Grünen hatte mehrere Charakteristika. Waren die Grünen in den 1980er Jahren häufiger von Männern als von Frauen gewählt worden, ist dieses Verhältnis seit der 1994er Wahl umgekehrt und zwar im Osten wie im Westen. Auch wählten hier wie dort vor allem junge Wähler die Grünen, aber mit einem markanten Unterschied. Grüne Listen hatten im Westen seit den späten 1970er Jahren zur Wahl gestanden, im Osten seit 1990. Dementsprechend lag die Altersgrenze, jenseits derer die Grünen Schwierigkeiten hatten, ihre Wähler zu erreichen, im Osten um zehn Jahre niedriger als im Westen. In Zahlen ausgedrückt, erreichten die Grünen im Westen in den Wählergruppen von 18 bis 24 Jahren 14,9 Prozent, von 25 bis 34 Jahren 14,1 Prozent und von 35 bis 44 Jahren 12,2 Prozent der Stimmen, im Osten dagegen 10,4, 6,4 und 3,9 Prozent in den entsprechenden Altersgruppen. Die kritische Grenze lag hier also bei 34 Jahren (vgl. Forschungsgruppe Wahlen 1998: 59). Im Übrigen hatten die WählerInnen der Grünen vergleichsweise hohe Bildungsabschlüsse und wohnten überdurchschnittlich oft in großen Städten. Bei der Wahl am 16. Oktober 1994 erzielte Bündnis 90/Die Grünen 44 Mandate im Westen, aber nur fünf im Osten, und zwar zwei in Sachsen und je eins in Thüringen und Sachsen-Anhalt. Das fünfte Mandat holte Gerd Poppe in Berlin. Neben Steffi Lemke und Antje Hermenau kamen mit Werner Schulz, Gerd Poppe und Vera Lengsfeld drei prominente Vertreter der Bürgerbewegung von 1989 aus dem Osten. Alle drei hatten bereits in der Wahlperiode von 1990 bis 1994 der Bundestagsgruppe Bündnis 90/Die Grünen angehört.

Zwar nahm Steffi Lemke am Treffen der aussichtsreichen Bundestagskandidaten am 10. Juni 1994 teil,⁸ aber nach dem schwierigen Wahlkampf in Sachsen-Anhalt und als nach langen Stunden des Auszählens das Wahlergebnis immer noch nicht feststand, sei sie in der festen Überzeugung zu Bett gegangen, nicht in den Bundestag gewählt worden zu sein. Im Interview beschrieb sie, wie sie am nächsten Morgen einen Anruf von Friedrich Heilmann, seit 1990 Mitglied des Bundesvorstandes und einer der Koordinatoren der Linken bei den Grünen, erhielt. Von ihm habe sie erfahren, dass sie Bundestagsabgeordnete geworden sei, und sei zum Linken-Treffen in einer Bonner Kneipe am selben Abend eingeladen worden. Hektisch habe sie daraufhin ihre Tasche gepackt und sich auf eine lange Zugfahrt von Dessau nach Bonn begeben (Lemke: 33 f).

4.5 Ankunft in Bonn

Den längsten Anfahrtsweg nach Bonn hatte Antje Hermenau, die am 17. Oktober 1994 aus Dresden anreiste.

Ich bin dann mit meinem kleinen Fiat Tipo erstmal hingefahren, nachdem ich nun gewählt war, und habe mich da durchgequält durch den halben Westen – es war ganz interessant – und kam dann südlich rein über Godesberg. Das erste war ja diese Trutzburg von der CDU, damit du wieder gleich weißt, wem Bonn gehört. Dieses riesengroße Hochhaus, wo groß CDU draufstand, wenn du reinkommst von Süden (Hermenau: 31).

In Bonn mussten alle zum Hochhaus am Tulpenfeld, in dem die grüne Bundestagsfraktion seit 1983 ihren Sitz hatte. 1994 residierte dort die Bundestagsgruppe Bündnis 90/Die Grünen. Nach ihrer Ankunft suchte Antje Hermenau das Sekretariat der Fraktionsgeschäftsführung auf und stellte sich der Büroleiterin vor:

Mein Name ist Antje Hermenau. Ich komme aus Dresden. Ich bin gewählt in den Bundestag, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Ich wollte mich gerne vorstellen. Wie heißen Sie? – Guckt die mich an: Ich bin die Angela. – Ich sage: Haben Sie auch einen anderen Namen? Guten Tag, Frau Bandemer. Habe mich noch mal vorgestellt. – Wir duzen uns hier alle. – Ich sage: Ich kenne Sie nicht. – Die war aber total nett. Die war super nett (Hermenau: 31).

Angela von Bandemer war die erste Person, die für Antje Hermenau den Apparat des Bundestages und der Fraktion repräsentierte, an den sie sich langsam herantastete. Im Interview betonte sie, dass sie den Westen damals noch gar nicht kannte. Während ihrer ersten Wahlperiode habe sie lernen müssen, wie der Westen funktioniert. Sie habe die „kulturellen Konnotationen“ verstehen und „die sprachliche Bi-Kulturalität“ beherrschen müssen (Hermenau: 34).

Die Fraktionsgeschäftsführung hatte für alle auswärtigen Abgeordneten, so auch für Antje Hermenau, Hotelzimmer reserviert, wo sie sich auf die Fraktionssitzung am nächsten Tag vorbereiten und überlegen musste, für welche Ausschüsse sie sich bewerben wollte und schließlich wie sie Mitarbeiter finden würde.

⁸ Vgl. Ergebnisprotokoll des Acht-Prozent-Treffens mit Übersicht der aussichtsreichen Bundestagskandidaten, in: AGG, B.II.3, Sign. 59.

4.6 Konstituierende Fraktionssitzung und Wahl des Fraktionsvorstandes

Die neue Fraktion aus 49 Abgeordneten konstituierte sich am Dienstag und Mittwoch, dem 18. und 19. Oktober 1994 in Rhöndorf. Am Vorabend fanden separate Treffen des linken und des rechten Parteiflügels statt. Zudem tagte vor der Fraktionsversammlung eine Frauenversammlung der gewählten weiblichen Abgeordneten, die den Beschluss fasste, dass sich die Fraktion ein Frauenstatut geben sollte.

Die grüne Bundestagsfraktion von 1994 war weiblicher und jünger als die anderen Fraktionen im Bundestag. Sie setzte sich aus 29 Frauen und 20 Männern zusammen, somit einer Frauenquote von 59,2 Prozent, während die Frauenquote für den gesamten Bundestag bei 26,2 Prozent lag. Das Durchschnittsalter der Fraktionsmitglieder betrug 41,7 Jahre. Damit waren die grünen Abgeordneten durchschnittlich acht Jahre jünger als die übrigen Abgeordneten. Der älteste Grüne mit 62 Jahren war Helmut Lippelt und der jüngste mit 23 Jahren Matthias Berninger.⁹ In den folgenden Wahlperioden wurden die Mitglieder der grünen Fraktion zunehmend älter. 2017 lag das Durchschnittsalter bei 47 Jahren und damit nur noch zwei Jahre unter dem Gesamtdurchschnitt. Die Frauenquote blieb dagegen stabil; 2017 lag sie bei 58,2 Prozent. Die Stabilität der Frauenquote beruht auf ihrer satzungsmäßigen Verankerung, die Teil des grünen Selbstverständnisses ist und bis heute ihre Wirkung entfaltet. Dagegen fehlt eine ähnlich wirksame Struktur zu Unterstützung des Nachwuchses.

Am ersten Sitzungstag der Fraktion gab es eine allgemeine Aussprache zum Wahlergebnis mit besonderer Problematisierung des schlechten Abschneidens in den neuen Bundesländern. Außerdem wurde die Satzung diskutiert, aber noch nicht verabschiedet. Am nächsten Tag fanden von morgens bis abends die Wahlen zum Vorstand und zu Ausschussbesetzungen statt.¹⁰

Seit dem Parteitag von Neumünster 1991 war es eine ungeschriebene Regel und ein Ausdruck des grünen Demokratieverständnisses, dass in den Führungsgremien der Partei und Fraktion Männer wie Frauen, Ost und West und vor allem Realos und Parteilinke gleichberechtigt vertreten sein sollten. Die erste Fraktion, bei der dieser Anspruch wirksam wurde, war die hier behandelte Fraktion der 13. Wahlperiode. Dabei erwies sich bald, dass das scheinbar flexible Modell der Postenbesetzung an seine Grenzen stößt, wenn eine der drei Personen gesetzt ist und die Auswahl der anderen von ihr abhängt. 1994 war Joschka Fischer als Anführer des Realoflügels und Stellvertretender Ministerpräsident einer rot-grünen Landesregierung in Hessen gesetzt (vgl. Koelbl 1999). Somit war die Männer- und Wessi-Position im Fraktionsvorstand durch ihn belegt. Joschka Fischer war bei Veranstaltungen in der ganzen Republik präsent gewesen und hatte den grünen Wahlkampf dominiert. Innerhalb der Fraktion war er unumstritten und wurde ohne Gegenstimmen mit 46 Ja-Stimmen zum Fraktionsvorsitzenden gewählt.

Die Suche nach der zweiten, weiblichen Fraktionsvorsitzenden gestaltete sich schwierig. Die fünf Vertreterinnen aus dem Osten kamen für den Posten nicht in Frage.

9 Deutscher Bundestag, Parlamentsarchiv und Datenbank MdB-Stamm, DHB Kapitel 3.2. Durchschnittsalter: https://www.bundestag.de/blob/272474/4a216913aff5f5c25c41572257a57e4a/kapitel_03_02_durchschnittsalter-pdf-data.pdf (20.4.2018).

10 Vgl. Protokoll der konstituierenden Sitzung am 18./19.10.1994, in: AGG, B.II.3, vorl. Sign. 2339.

Nach einem langen Hin und Her schlug der linke Flügel Kerstin Müller vor. Im Interview erzählte Kerstin, dass sie das Amt der Fraktionsvorsitzenden „nicht auf dem Plan“ gehabt habe:

Und dann hatten die Linken wiederum ein Problem: Sie brauchten nämlich nach dem damaligen Proporz eine linke Frau. Dann war da aber niemand, also niemand, der bundesweit bekannt war oder so. Dann war die Idee: Man hat die Nickels, und die macht das. [...] Die Realos konnten sich das natürlich vorstellen. Und dann sind die Linken aber aufgewacht, haben gesagt: Nein, das geht nicht. Dann haben wir zwei Realos in der ersten Fraktion. Die wird sehr dominant sein. Die wird die Partei dominieren – das geht auf gar keinen Fall. Und dann haben sie mich gefragt. ‚Sie‘ ist in dem Fall Trittin. Der war ja Parteivorsitzender damals. War er Parteivorsitzender?¹¹ [...] Trittin hat mich dann in dieser Nacht im Grunde überredet. Das war ein sehr, sehr langes Gespräch. Ich habe gesagt: Neben Fischer? – Das war mir schon klar. Ich meine, ich war total unerfahren. [...] Und dann war ich da noch unsicher. Dann kam Rezzo Schlauch zu mir. Dann kam Joschka Fischer zu mir. Es hat sozusagen viele Nachtgespräche gegeben. Dann haben die Realos beschlossen, dass, wenn ich das machen möchte, sie mich unterstützen. Dann war die Nickels super sauer, weil ihre eigenen Realos sie nicht mehr unterstützt haben. Es gab also praktisch einen Flügel-Deal (Müller: 30 f)

Bei der Wahl am 19. Oktober 1994 bekam Kerstin Müller 28 Ja-Stimmen bei 12 Nein-Stimmen und 7 Enthaltungen. Unumstritten war sie für das Amt also nicht. Das Ergebnis spiegelt wider, dass nicht alle Abgeordneten in die Parteiflügel eingebunden waren.

Das nächstwichtigste Amt der Fraktion ist das des Parlamentarischen Geschäftsführers. Mit der Wahl von Werner Schulz, der dieses Amt bereits in der Bundestagsgruppe von 1990 bis 1994 bekleidet hatte, war die „Ostquote“ erfüllt. Die Fraktionsspitze wurde durch die Wahl von Simone Probst und Margareta Wolf zu Stellvertretenden Parlamentarischen Geschäftsführerinnen vervollständigt. Im Interview erinnerte sich Simone Probst an die Wahl:

Genau, und dann war ich im Vorstand. Wenn sich die Gelegenheit bietet, ist es auch eine schöne Aufgabe, im Fraktionsvorstand was zu machen. Also bin ich sozusagen rausgegangen als gewähltes Mitglied. Aber als ich in die Sitzung reinkam, wusste ich gar nicht, was ein Fraktionsvorstand ist (Probst: 25)

Eigentlich wollte Simone Probst als studierte Physikerin für den Wissenschaftsausschuss kandidieren. Als sie gefragt wurde, ob sie sich nicht gegen Gila Altmann als Parlamentarische Geschäftsführerin bewerben wolle, stellte sie sich zur Wahl und wurde mit 34 Ja-Stimmen gewählt, ohne genau zu wissen, was in diesem Amt auf sie zukommen würde.

Am Ende der Vorstandswahl hatten unter den Bedingungen von 1994 zwei der neun jüngsten Abgeordneten – und damit zwei von acht Personen, die wir interviewt haben

¹¹ Jürgen Trittin wurde zusammen mit Krista Sager erst im Dezember 1994 in Köln zum Parteivorsitzenden gewählt.

– eine Position im Fraktionsvorstand erlangt. Die wichtigsten Bedingungen dafür waren, dass es außer Werner Schulz keine Amtsinhaber aus der vorherigen Wahlperiode gab, so dass das Ämterkarussell neu in Gang gesetzt werden musste. Außerdem bestimmte die Personalie Fischer und der Zwang, dass alle Gruppen ausgewogen repräsentiert sein mussten, die Wahl.

4.7 Verteilung der Ausschüsse und erste Pressekonferenz

Das Protokoll der Fraktionssitzung zeigt, wo die thematischen Interessen der Abgeordneten lagen und welche Ausschussmitgliedschaften besonders begehrt und umkämpft waren. Tatsächlich gab es in den wenigsten Fällen mehr KandidatInnen, als Plätze zu vergeben waren. Die beliebtesten Ausschüsse, bei denen über konkurrierende Bewerbungen abgestimmt werden musste, waren der Auswärtige Ausschuss, der Innenausschuss, der Ausschuss für Frauen und Jugend und vor allem der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Bei allen anderen Ausschussbesetzungen wurden die KandidatInnen ohne Gegenstimmen bestätigt. Das besondere Interesse für die vier genannten Ausschüsse erklärt sich aus der Parteigeschichte. Umwelt- und Atompolitik, Frauenrechte, Frieden und Menschenrechte waren die Aktionsfelder der sozialen Bewegungen, aus denen die Grünen hervorgegangen sind und die nach wie vor ihre politische Agenda mitbestimmen.¹²

Diejenigen, die Ausschüsse bekommen haben, die sie gewollt hatten, sind Volker Beck mit dem Rechtsausschuss, Andrea Fischer mit dem Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung und Simone Probst, die außer der Stelle als Parlamentarische Geschäftsführerin auch die stellvertretende Mitgliedschaft im Wissenschaftsausschuss bekam. Antje Hermenau und Steffi Lemke liebäugelten mit Ausschüssen, bei denen sie im Voraus erkannten, dass sie sich mit ihren Wünschen nicht durchsetzen würden. Sie wichen auf andere Ausschüsse aus und wurden dort ohne GegenkandidatInnen gewählt. Wegen ihres besonderen Interesses für Umweltpolitik wäre Steffi Lemke gerne in den Umweltausschuss gegangen, es gab aber bereits sechs Bewerbungen, weshalb sie für den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten kandidierte.

Als sächsische Bildungspolitikerin wollte Antje Hermenau in dem Bereich weiter arbeiten, bewarb sich aber auf Zuraten vom Mitarbeiter von Werner Schulz um den Platz im Haushaltsausschuss. Im Interview erzählte sie, dass sie sich MitarbeiterInnen gesucht habe, die über die Verfahren im Haushaltsausschuss Bescheid wussten. Für Aufregung innerhalb der Fraktion sorgte die Tatsache, dass sie ehemalige Mitarbeiter einer FDP-Abgeordneten aus Sachsen-Anhalt eingestellt hatte (Hermenau: 33). Mit diesem Mitarbeiterteam war Antje Hermenau genauso schnell zufrieden wie mit ihrer Entscheidung für den Haushaltsausschuss. Sie machte sich einen Namen als Haushaltspolitikerin und füllte diese Rolle auch während der rot-grünen Koalition aus.

Ursula Schönberger und Matthias Berninger bewarben sich beide für den Umweltausschuss, bekamen ihn aber nicht. Ursula Schönberger wich in den Wirtschaftsausschuss aus und betrieb aus dieser Position die Anti-Atom-Politik, die sie sich vorgenommen hatte. Sie berichtete, dass Michael Hustedt vor allem energiewirtschaftspolitische Themen im Umweltausschuss aufgegriffen habe und sie sich deshalb ausschließlich auf den Atomausstieg und Atommüll konzentrieren konnte.

¹² Vgl. Protokoll der konstituierenden Sitzung am 18./19.10.1994, in: AGG, B.II.3, vorl. Sign. 2339.

Es war dann schon relativ unangefochten, dass ich die Antiatompolitik der Fraktion mache – immer in einem leichten Spannungsverhältnis mit Joschka. Ich kann mich erinnern: Die erste Rede zu dem ersten Castor-Transport durfte ich nicht halten, weil ich mich geweigert habe, eine Antigewalterklärung in meine Bundestagsrede einfließen zu lassen (Schönberger: 17).

Matthias Berninger wollte im Umweltausschuss gerne Abfallpolitik treiben, die den Schwerpunkt seines politischen Interesses bildete. Als jüngster Bundestagsabgeordneter fühlte er sich von seinen FraktionskollegInnen nicht ernst genommen und in eine falsche Schublade eingeordnet. Er landete im Sportausschuss und im Ausschuss für Frauen und Jugend.

Am Ende des Tages endete ich in diesem Arbeitskreis Gesundheit, Soziales, Frauen und Jugend und war der jugendpolitische Sprecher. Saß dann da und dachte mir: Was machst du denn jetzt da? Das ist ja irgendwie jenseits von allem [...]. Da wollte ich nicht hin, nein. Ansonsten war das alles okay (Berninger: 26 f).

Kerstin Müller nahm das Ringen um die Ausschüsse aus der Perspektive der gewählten Fraktionsvorsitzenden wahr, die sich nicht um eine solche Position bewerben musste:

Du kannst ja nicht 20 Öko-Sprecher haben. Natürlich war das ein Schwerpunkt. Natürlich gibt's immer bei den Grünen einen Überhang an Umwelt, Klima, Verkehr usw. usf. Da müssen dann einige sich andere Felder suchen – was weiß ich? In den Wirtschaftsausschuss und von da aus das machen. Oder dann hieß es: Der ist Jurist. Der muss jetzt mal den Rechtsausschuss machen. Da brauchen wir auch jemanden. Und der Haushaltsausschuss: Wer macht Haushalt? Da gab's ja Leute, die aus Landesverbänden, Landtagsfraktionen kamen. Die wussten: Das ist so ein wichtiger Ausschuss, da wollen wir rein. Das ist ein Generalistenausschuss. Das wird dann step by step... Es ist immer mühsam, es ist aber immer mühsam [...]. Es gibt zwar vorher schon Gespräche und Vermutungen. Aber im Grunde kann man das alles in die Tüte hauen. Das wird tatsächlich dann entschieden. Und dann gibt es immer wieder dezisive Momente und so. Wer kriegt was? Wer hat das schlechte Los gezogen? Wer hat das gute Los gezogen? Der Vorstand ist meistens gemeinsam froh, wenn man da Lösungen findet (Müller: 35).

Nach zwei Tagen der konstituierenden Fraktionssitzung stellte die neue Fraktionsspitze am 20. Oktober 1994 sich und die inhaltliche Ausrichtung der zukünftigen Fraktionsarbeit der Bundespressekonferenz vor. Anders als für Joschka Fischer und Werner Schulz war es für Kerstin Müller die erste Pressekonferenz dieser Art und damit die erste Bewährungsprobe als frisch gewählte Fraktionsvorsitzende. Im Interview schilderte sie ihre Empfindungen, dass sie ihren ganzen Mut zusammennehmen musste, um der tückischen Herausforderung gerecht zu werden.

Das war so vom zwölf-Meter-Turm ins Becken ohne Wasser rein gesprungen. Wie der Sprung vom zwölf-Meter-Turm, so ungefähr. Oder zehn Meter. War also ziemlich hoch (Müller: 31).

Gespeist wurde ihre Besorgnis aus dem Bewusstsein, dass dies ihr erster öffentlicher Auftritt als Bundestagsabgeordnete war, die vorher keine parlamentarischen Erfahrungen gesammelt hatte, auch nicht auf kommunaler oder Landesebene. Und nun war sie Fraktionsvorsitzende. Das Problematische daran war, dass es sich grünetypisch um eine Doppelspitze handelte. Es war ihr durchaus bewusst, dass Fischer kein einfacher Partner sein würde und dass sie sich in dieser Rolle noch würde durchsetzen müssen. Nun gab es bei ihrem ersten gemeinsamen Auftritt keinerlei Absprachen. Bei der Pressekonzferenz hatte sie den Eindruck, dass alle Augen auf sie gerichtet waren und auf jedem Gesicht die Frage stand: „Wer ist die junge Frau neben Fischer?“ Kerstin Müller mit der Fremdwahrnehmung, jung, weiblich und unbekannt zu sein, konfrontiert, musste sich den Fragen der Journalisten stellen und sich behaupten. Bis heute findet sie, dass sie es damals gut gemacht hat. In dieser Situation habe sie ihren „politischen Instinkt“ gespürt und damit eine innere Bestätigung für den weiteren Weg als Politikerin erlangt. Sie war mit ihrer Entscheidung für den Fraktionsvorsitz im Reinen und kandidierte 1998 erneut erfolgreich als Vorsitzende (Müller: 31 ff).

Schaut man sich die Berichterstattung über die Konstituierung der Fraktion an, dominieren die Konflikte um die Kandidatur und Wahl von Antje Vollmer ins Präsidium des Deutschen Bundestages. Lediglich die *taz* veröffentlichte neben dem allgemeinen Bericht „Das zweite erste Mal“ über die Personalentscheidungen der Fraktion ein Portrait der Fraktionssprecherin.¹³ Insgesamt brachten die JournalistInnen in ihren Artikeln über die neue Fraktion breite Skepsis gegenüber Kerstin Müller zum Ausdruck. *Die Zeit* sah Kerstin Müller als Lückenbüßerin: „Da aber der prominenten Bürgerrechtlerin Marianne Birthler der Einzug in den Bundestag missglückte, fehlt es an bekannten Kandidatinnen. Schließlich wurde Kerstin Müller aus Nordrhein-Westfalen zusammen mit Fischer an die Spitze der Fraktion gewählt.“¹⁴ *Die Welt* sah in der Personalie bereits ein Abrücken von traditionellen grünen Prinzipien: „Während die Grünen früher stets Wert auf kollektive Führung legten, ist Fischer jetzt klar die Nummer eins; an seiner Seite die 30-jährige Kerstin Müller aus Köln vom linken Flügel.“¹⁵ Der *Bonner General-Anzeiger* war die einzige Zeitung, die Kerstins Wahl als „Blitz-Karriere“ betitelt: „Gerade in den Bundestag gewählt und schon Sprecherin der drittstärksten Fraktion – diese Karriere von Kerstin Müller ist wohl nur bei den Grünen möglich.“¹⁶ Nur der *Kölner Stadtanzeiger* berichtete über die Inhalte, die die Fraktionsspitze vorgestellt hatte, und ließ Kerstin Müller mit ihren Ausführungen zur Sozialpolitik der Fraktion bzw. zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit und zur doppelten Staatsbürgerschaft zu Wort kommen. Weiteres Thema war die Rolle der Grünen als Opposition und ihr Verhältnis zu FDP und PDS.¹⁷

13 Vgl. Das zweite erste Mal, *taz* vom 20.10.1994; Kerstin Müller, *taz* vom 21.10.1994.

14 Zucht statt Jute, *Die Zeit* vom 21.10.1994.

15 Grüne Spontis wandeln sich zu Polit-Profis, *Die Welt* vom 21.10.1994.

16 Eine grüne Blitz-Karriere, *General-Anzeiger* vom 20.10.1994.

17 Vgl. Bündnis 90/Die Grünen wollen unnachsichtige Oppositionsarbeit, *Kölner Stadtanzeiger* vom 21.10.1994.

4.8 Arbeit der Fraktion

Die neue Fraktion markierte einen Neuanfang auch im Verhältnis zwischen Partei und Fraktion. Ohnehin bestand dafür die Notwendigkeit, da die acht Bundestagsabgeordneten von 1990 bis 1994 aus den neuen Bundesländern keine Anbindung an die westdeutschen Grünen hatten.

Die neue Fraktion knüpfte nicht an das spannungsgeladene Verhältnis zwischen Partei und Fraktion der 1980er Jahre an. Damals war die Partei wegen des parteiinternen Strömungsstreits kein zuverlässiger Partner im politischen Tagesgeschäft. Zwei Vorstellungen stießen aufeinander: ein links-basisdemokratisches Selbstverständnis, dementsprechend die Fraktion die Parteibeschlüsse auszuführen habe, und ein parlamentarisches Selbstbewusstsein, wonach die Abgeordneten durch die Wahl legitimiert waren und eigenverantwortlich Entscheidungen über den Kurs der Fraktion fällten. Die Auseinandersetzung zwischen diesen beiden Selbstverständnissen wurde in aller Öffentlichkeit geführt und kulminierte 1988, als der Bundesvorstand eine Anzeige in der *Frankfurter Rundschau* schalten ließ, die von etwa 300 Mitgliedern der Partei unterzeichnet war und die lautete: „Die grüne Bundestagsfraktion vertritt die Parteibasis nicht mehr!“ Gegenstand der Kontroverse war das Mindeststrafmaß bei Vergewaltigung in der Ehe (vgl. Becker-Schaum 2006).¹⁸

Die Behandlung der Deutschen Einheit verdeutlicht beispielhaft die unterschiedlichen Sichtweisen von Fraktion und Partei. Die Sitzungsprotokolle der Fraktion weisen aus, dass sich die Abgeordneten intensiv mit dem Thema auseinandergesetzt haben (vgl. Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien/Archiv Grünes Gedächtnis der Heinrich-Böll-Stiftung 2015). Dagegen ging der Bundestagswahlkampf der Partei Die Grünen mit seiner zentralen Parole „Alle reden von Deutschland. Wir reden vom Wetter“ an der politischen Realität vorbei, was einer der Gründe für die Niederlage bei der Bundestagswahl war.

Ein solches Auseinanderdriften von Partei und Fraktion sollte sich 1994 keinesfalls wiederholen. Die Fraktion gab sich eine Geschäftsordnung, in der sie sich auf einen kooperativen Stil bzw. auf die Zusammenarbeit mit der Parteiführung verpflichtete. Der Entwurf enthielt im Paragraphen „Zusammenarbeit mit dem Bundesvorstand“ einen entsprechenden Passus, der bereits in der konstituierenden Sitzung vorlag und ohne Änderungen beschlossen wurde: „Mindestens einmal im Monat wird der Bundesvorstand zu einer gemeinsamen Besprechung mit dem Fraktionsvorstand eingeladen“ (AGG, B.II.3, vorl. Sign. 2339). Eine entsprechende Regelung hat es in den früheren Wahlperioden nicht gegeben, und die fallweise vereinbarten Termine waren meistens kurzfristig abgesagt worden.

Simone Probst, die als Mitglied des Fraktionsvorstandes an allen Gremiensitzungen der Fraktion – Fraktionsversammlung, Geschäftsführender Fraktionsvorstand, Erweiterter Fraktionsvorstand (mit den fünf Koordinatoren der Arbeitskreise) – und an den gemeinsamen Sitzungen von Bundes- und Fraktionsvorstand teilnahm, hatte einen guten Überblick über die tatsächliche Arbeitsverteilung zwischen den Gremien.

¹⁸ Vgl. Die grüne Bundestagsfraktion vertritt die Parteibasis nicht mehr!, *Frankfurter Rundschau* vom 27.05.1988.

Das wichtigste Gremium war, glaube ich, aber eher der Fraktionsvorstand, der sich vor den Sitzungen mit dem Parteivorstand getroffen hat. Da sind die wesentlichen Entscheidungen getroffen (worden) (Probst: 26).

Der Fraktionsvorstand bündelte die strategischen und operativen Entscheidungen. Im Rahmen der gemeinsamen Sitzungen mit dem Bundesvorstand wurden parlamentarische Strategien wie auch Themen von allgemeinem Parteiinteresse, zum Beispiel die Stiftungsreform oder die doppelte Staatsbürgerschaft, besprochen. Laut den Protokollen tagten der Bundes- und Fraktionsvorstand im ersten halben Jahr deutlich häufiger gemeinsam als die in der Satzung festgelegte Mindestzahl. Simone Probst erinnerte sich, dass es „richtig gute Diskussionen“ waren. Durch die enge Verzahnung mit der Partei und die engen Abstimmungen konnte der geschäftsführende Fraktionsvorstand in den eigenen Sitzungen die operativen Geschäfte, die häufig mit viel zeitlichem Aufwand verbunden waren, erledigen, ohne dass dies zu Lasten der inhaltlichen Fraktionsarbeit ging (Probst: 28).

Simone Probst beobachtete, wie die beiden Vorsitzenden ihre Führungsaufgabe unterschiedlich wahrnahmen:

Müssen die Leute immer gleich sein? Ich fand, dass Kerstin ein viel stärkeres Gewicht in die Fraktion hatte, also jetzt auch, um Politik mitzubestimmen, auch viel kommunikativer [...] (Probst: 26).

Kerstin Müller deutete die Fraktionssprecherin als eine moderierende und integrierende Rolle. Im Interview sagte sie, dass ihr die Arbeit an der Fraktionsspitze Spaß gemacht habe, vor allem weil sie auf ihr Verhandlungsgeschick und ihre kommunikativen Stärken zurückgreifen konnte:

Ich kann Kompromisse finden und dann auch sehen: Das ist positiv grün, das ist nicht. Das ist die Grenze, soweit können wir gehen. Soweit können wir nicht gehen. Dafür habe ich, glaube ich, ein sehr gutes Gespür – vielleicht, weil ich immer so nah an der Partei dran war und deshalb auch wusste: Da sind Grenzen und da nicht (Müller: 35).

Dabei war ihr durchaus bewusst, dass ihr integrativer Kurs nicht gut geeignet war, von den Medien wahrgenommen zu werden, und sie viel Kraft in die innerfraktionelle Kommunikation und in die Abstimmung mit den linken Kreisen steckte, was nach außen nicht sichtbar wurde (Müller: 37).

Simone Probsts Beobachtungen aus der Vorstandsarbeit und Kerstin Müllers Selbstwahrnehmung kontrastieren mit dem Bild, das die Medien zeichneten. Hier schlug die viel stärkere Medienpräsenz von Joschka Fischer durch. Außerdem berichtete die Presse ausgiebig über Konflikte bei den Grünen, insbesondere als sich die beiden Fraktionssprecher im Streit um den richtigen Kurs im Bosnienkrieg offene Briefe schrieben.

5. Bosnienkrieg

Kein anderes Thema hat die grüne Bundestagsfraktion so sehr beschäftigt, wie die Auseinandersetzung um eine mögliche deutsche Beteiligung an den Einsätzen der NATO

in Bosnien. Der Ausgangspunkt war, dass die Europäische Gemeinschaft Anfang 1992 die Unabhängigkeit von Slowenien und Kroatien anerkannt und Bosnien-Herzegowina eine ähnliche Anerkennung in Aussicht gestellt hatte, wenn es ein entsprechendes Referendum durchführen würde. Nach einem erfolgreichen Referendum rief Alija Izetbegovic den unabhängigen neuen Staat Bosnien-Herzegowina aus. Die serbische Volksgruppe leistete von Beginn an bewaffneten Widerstand. Der sich daraufhin entwickelnde Bosnienkrieg dauerte von 1992 bis 1995 und wurde durch das Friedensabkommen von Dayton beendet.

Die Aktualität des Krieges rief bei der Bundestagsgruppe Bündnis 90/Die Grünen aus den neuen Bundesländern und bei der Partei Die Grünen im Westen konträre Reaktionen hervor. Die Abgeordneten Vera Wollenberger, Gerd Poppe und die Bundestagsgruppe forderten in einem Antrag im Bundestag, dass eine Blauhelmtruppe unter der Beteiligung der Bundeswehr den Schutz der bosnischen Zivilbevölkerung sichern solle,¹⁹ während sich Die Grünen in der Tradition der Friedensbewegung der 1980er Jahre gegen jegliche Bundeswehreinätze außerhalb des NATO-Gebietes stellten. Nachdem im Januar 1993 Parteitage von Bündnis 90 und den Grünen die Fusion zu einer gemeinsamen Partei beschlossen hatten, diskutierten sie auf einem der ersten gemeinsamen Parteitage im Oktober 1993 in Bonn ihre friedenspolitischen Grundsätze. Dabei setzten sich im Wesentlichen die Grünen aus dem Westen mit ihren pazifistischen Positionen durch. Der Bonner Beschluss „Gewaltfreiheit und Menschenrechte“ war für die neue Bundestagsfraktion an sich bindend:

Bündnis 90/Die Grünen stehen politisch in der Tradition von Pazifismus, Antimilitarismus, Antifaschismus, internationaler Solidarität und des Einsatzes für die universelle Geltung der Menschenrechte. Aus der Verpflichtung auf diese Werte und aus der Verantwortung gegenüber den Lehren der deutschen Geschichte treten Bündnis 90/Die Grünen für eine konsequente Entmilitarisierung der internationalen Politik ein. [...] Wir sind überzeugt, dass die Durchsetzung einer ökologisch-solidarischen Weltfriedensordnung nur mit dem Einsatz ziviler Mittel erreicht werden kann (Beschluss vom 9.10.1993, in: AGG, B.I.3, vorl. Sign. 75).

Dieser Beschluss ist in das Wahlprogramm von 1994 eingeflossen, mit dem unsere InterviewpartnerInnen Wahlkampf gemacht haben. Insbesondere wendete sich das Wahlprogramm mit deutlichen Worten gegen die Militarisierung der Außenpolitik von Kohl und Genscher.

Die UNO hatte eine Reihe von bosnischen Städten zu Schutzzonen für die Zivilbevölkerung erklärt und dort Blauhelmtruppen stationiert. Diese Städte wurden von den serbischen Truppen belagert. Im Sommer 1995 spitzte sich die Lage der Schutzzonen immer mehr zu. Das Konzept der Friedenssicherung durch Blauhelmtruppen erwies sich als wirkungslos. Einige Städte wurden erobert und die Bevölkerung vertrieben, Frauen wurden massenhaft vergewaltigt, Männer und Jungen ermordet.

19 Antrag der Bundestagsgruppe „Für eine Zivilisierung internationaler Beziehungen – Politik nicht-militärischer Konfliktlösung“, Drucksache 12/3014 vom 02.07.1992.
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/12/030/1203014.pdf> (21.4.2018).

Eine der Reaktionen der NATO und der Europäischen Gemeinschaft war die Aufstellung einer Schnellen Eingreiftruppe. Der diesbezügliche Antrag der Bundesregierung wurde im Bundestag am 30. Juni 1995 in einer Plenardebatte diskutiert und beschlossen. Dazu brachte die Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen einen Entschließungsantrag ein, der die Beteiligung der Bundeswehr an dieser Eingreiftruppe ablehnte und ganz auf Initiativen zu einer friedlichen Konfliktlösung setzte (vgl. Protokoll der Fraktionssitzung vom 27.06.1995, AGG, B.II.3, vorl. Sign. 4230). Aber die Wortmeldungen der einzelnen Abgeordneten in der Plenardebatte zeigen, dass die Haltung in der Fraktion keineswegs einheitlich war. Alle drei Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses und damit die prominentesten Vertreter der Außenpolitik der Fraktion, Schoppe, Lippelt und Poppe, stimmten dem Antrag der Bundesregierung zu. Antje Hermenau, die sich als einzige von unseren InterviewpartnerInnen zu Wort gemeldet hatte, führte aus:

Vielleicht ist es meine Schwäche, nicht mitanzusehen zu können, dass die Bosnier wegen der Entscheidungsunfähigkeit des UN-Sicherheitsrates geopfert werden sollen. Deshalb lehne ich den Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in dieser Konsequenz ab. Dem Antrag der Bundesregierung kann ich nicht zustimmen, weil er eine so deutliche Klausel zur Rückzugssicherung der UN-Truppen enthält und ich diese Verknüpfung der Hilfe mit der Androhung, sich ansonsten zurückzuziehen, nicht mittragen kann.²⁰

Die Debatte im Bundestag offenbarte die Zerrissenheit innerhalb der Fraktion, woraufhin die Wortführer in Fraktion und Partei sich in Artikeln und offenen Briefen zu Wort meldeten. Joschka Fischer eröffnete am 30. Juli 1995 die Debatte mit einem offenen Brief an die Bundestagsfraktion und die Partei. Seine Analyse des Bosnienkrieges betonte die Unzulänglichkeit der Beschlusslage zum Krieg:

Wir werden gegenwärtig mit einer Gewaltentwicklung in Bosnien konfrontiert, die unsere bisherigen Lösungsansätze massiv in Frage stellt (Fischer: 1995).

Er forderte, dass in dieser für das eigene Selbstverständnis so fundamentalen Frage nicht die Fraktion und der Bundesvorstand allein entscheiden sollten, sondern ein Parteitag einberufen werden sollte.

Joschka Fischers Äußerungen lösten eine Welle von Antworten aus. Die bekannteste Entgegnung ist der offene Brief von den ausgewiesenen Vertretern der Parteilinken, angeführt von Kerstin Müller. Der offene Brief vom 31. Oktober 1995 richtete sich an die Parteibasis und bereitete die Diskussion beim Parteitag einen Monat später vor. Die Autoren forderten Joschka Fischer auf, „die authentischen grünen Positionen gegen den Anpassungsdruck des Mainstream offensiv zu vertreten“. Inhaltlich bekräftigten die AutorInnen die pazifistische Grundlinie der Partei und warfen Joschka Fischer vor, militärische Lösungen zu einer Option grüner Außenpolitik zu machen.²¹

20 Deutscher Bundestag, Stenographischer Bericht der 48. Sitzung, 30.06.1995, S. 4033 (A). <http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/13/13048.pdf> (18.3.2018).

21 Kerstin Müller, Claudia Roth, Jürgen Trittin, Ludger Volmer: Wohin führt die Forderung nach einer militärischen Interventionspflicht gegen Völkermord? Ein offener Brief an die Mitglieder von Bündnis

Beim Bremer Parteitag Anfang Dezember 1995, auf dem die Haltung der Partei zum Bosnienkrieg entschieden werden sollte, gab es eine größere Anzahl von Anträgen, von denen vor allem drei die Debatte dominierten. Ein Antrag von Ludger Volmer und anderen, der den Parteibeschluss von 1993 fortschrieb, dann ein Antrag von Lühr Henken und anderen aus dem Umfeld der Bundesarbeitsgemeinschaft Frieden und Internationales, der auf die Konfliktprävention abstellte, und schließlich der Antrag von Hubert Kleinert und anderen, der für die Möglichkeit der bewaffneten Einsätze im Fall von schweren Menschenrechtsverletzungen plädierte. Nach einer langen Debatte fand der Antrag von Ludger Volmer zwar eine Mehrheit, aber wie die Mehrheit zustande kam, machte den Beschluss mehr als problematisch. In der Endabstimmung hatten nur 268 Delegierte dem Antrag zugestimmt. Der Großteil der knapp 700 Delegierten hatte an dieser Abstimmung nicht mehr teilgenommen.²² Die Bundestagsfraktion jedenfalls fühlte sich diesem Beschluss nicht verpflichtet. Gegen die ursprüngliche Intention wurde die Haltung der Partei in dieser Frage damit nicht geklärt; stattdessen hatten die Bundestagsabgeordneten freie Hand, wie sie sich bezüglich des nächsten Bundeswehreinsatzes entscheiden würden. Ein paar Tage nach dem Parteitag fand im Bundestag die Abstimmung zum Beitrag der Bundesrepublik zur Sicherung des Friedens von Dayton statt. Auch dazu lag den Delegierten in Bremen ein Antrag „Ja zum Friedensschluss von Dayton – Nein zur Politik von Kohl, Kinkel und Rühle“ vor. Der diesbezügliche Beschluss, der von einer großen Mehrheit der Delegierten angenommen wurde, begrüßte den Friedensschluss, lehnte jedoch den von der Bundesregierung vorgesehen Einsatz der Bundeswehr, insbesondere den Einsatz von Kampfflugzeugen und Bodentruppen ab. Als es am 6. Dezember 1995 zur Abstimmung im Bundestag kam, zeigte sich die Fraktion genauso gespalten, wie es der Bremer Parteitag in der Grundsatzentscheidung gewesen war.²³ 22 bündnisgrüne Abgeordnete stimmten für den Regierungsantrag, 22 stimmten dagegen, und fünf enthielten sich. Von unseren InterviewpartnerInnen hatten zwei (Berninger und Hermenau) mit der Regierung, die anderen sechs gegen sie gestimmt.²⁴

Der Bundestag stimmte mit einer sehr großen Mehrheit für den Regierungsantrag. In der Folge fand die Stationierung der NATO-Kontingente einschließlich der Bundeswehr in Bosnien-Herzegowina statt. Mitglieder der grünen Bundestagsfraktion nahmen im Laufe des Jahres 1996 an verschiedenen Delegationsreisen nach Bosnien-Herzegowina teil. Kerstin Müller war an zwei Reisen beteiligt. Die erste vom 8. bis 14. März 1996 war eine Delegationsreise der Partei- und Fraktionsführung.²⁵ An der zweiten Reise vom 20. bis 25. Oktober 1996 nahmen außer ihr Winfried Nachtwei, Gerd Poppe, Marieluise Beck und Werner Schulz teil. Auf dieser Reise kamen sie mit Vertretern der

90/Die Grünen, vom 31.10.1995, in: AGG, A – Kerstin Müller, vorl. Sign. 198. Siehe hier auch die Entwurfsfassungen des Briefes.

22 Vgl. Protokoll der Bundesversammlung in Bremen am 1.-3.12.1995, in: AGG, B.I.10, vorl. Sign. 606.

23 Vgl. das Protokoll der Fraktionssitzung vom 5.12.1995 mit der Vorbereitung auf die Abstimmung im Bundestag, in AGG, B.II.3, vorl. Sign. 2340.

24 Deutscher Bundestag, Stenographischer Bericht der 76. Sitzung, 06.12.1995, S. 6670 (B).
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/13/13076.pdf> (20.3.2018).

25 Teilnehmende Bundestagsabgeordnete waren Kerstin Müller, Amke Dietert-Scheuer und Helmut Lippelt. Gegenstand der Delegationsreise war die Situation der Flüchtlinge innerhalb des Kriegsgebiets und die Unmöglichkeit der ins Ausland Geflüchteten zurückzukehren. Siehe dazu: AGG, A – Kerstin Müller, vorl. Sign. 219.

Verwaltung, der Zivilgesellschaft, der Opfer, aber auch mit Vertretern des Militärs einschließlich der Bundeswehrangehörigen zusammen. Dadurch wurde die generelle Kriegsdebatte auf die Suche nach konkreten und operativen Lösungen im Bosnien gelenkt und damit entideologisiert.²⁶

Kerstin Müller konnte sich im Interview an zahlreiche Details der Reise erinnern, die für sie die entscheidende Wegmarke ihrer friedenspolitischer Haltung war. Die Begegnung mit den Opfern stimmte sie nachdenklich. Sie wurde mit der Frage konfrontiert, wie sie als Grüne solche Gräueltaten zulassen konnten. Sie selbst hatte gegen den Kriegseinsatz gestimmt und fragte sich nun:

Stimmt ja eigentlich! Ich kann's eigentlich auch nicht erklären. Wie erkläre ich es? Wie ist es vereinbar? Warum haben wir das nicht gemacht? Weil man das der Partei nicht erklären kann, was es bedeutet, dass Faschisten tausende von Leuten umbringen. Was Konzentrationslager im 20. Jahrhundert sind und Massenvergewaltigung. Das sieht man zwar, aber das ist ja weit weg (Müller; 46 f.).

Als Kerstin Müller im Oktober 1996 auf die Reise ging, war sie innerlich noch immer gegen den Bosnieninsatz gestimmt. Nach der Rückkehr teilte sie ihre Betroffenheit, zugleich die der gesamten Delegation, in einem Artikel mit:

Eine der für mich beeindruckendsten Begegnungen war die mit Bischof Franjo Komarica in Banja Luka. Er fragte uns: „Warum habt ihr uns allein gelassen mit diesen Verbrechern? Gelten Werte wie Humanismus überhaupt noch etwa in Europa, wenn ihr uns diesen Faschisten überlaßt?“²⁷

Die Erfahrungen während der Reise waren derart tiefgehend, dass sie einen Denkprozess in Gang setzten und Kerstin Müller ihre abstrakt-pazifistische Haltung schließlich änderte.

Das Besondere an der Bosniendebatte war, dass alle Abgeordneten, und natürlich auch alle von uns interviewten, ihre persönliche Überzeugung in dieser Frage hatten, egal ob sie außenpolitische/r oder sportpolitische/r SprecherIn waren. Die Frage von Krieg und Frieden ist eine Grundentscheidung jeder Politik. Innerhalb der Grünen wurde seit der Wende 1989/90 diese Debatte intensiv geführt, und in der Wahlperiode von 1994 bis 1998 erreichte sie mit der Bosniendebatte einen ersten Höhepunkt. Die nachfolgende Regierungszeit mit der Entscheidung zum Kosovokrieg und dem Krieg gegen den Terror brachte einen weiteren Höhepunkt der Auseinandersetzung um das pazifistische Selbstverständnis.

Alle von uns interviewten Abgeordneten hatten eine lebhaftere Erinnerung an die Debatte über den Bosnienkrieg. Simone Probst erinnerte sich, dass es sich niemand in der Fraktion mit der Haltung zum Militäreinsatz leicht gemacht hatte. Trotzdem nahm sie die Diskussion innerhalb der Fraktion produktiv wahr:

²⁶ Vgl. Jahresbilanz des Arbeitskreises V – Außenpolitik, Menschenrechte, Abrüstung, in: AGG, A – Waltraud Schoppe, vorl. Sign. 157.

²⁷ Kerstin Müller: Wie weiter in Bosnien?, in: AGG, A – Kerstin Müller, vorl. Sign. 152.

Da fand ich die Diskussion in der Fraktion immer total gut. Auf dem Parteitag war irgendwie auch wieder so hin und her. Ich glaub, es hat sich wirklich keiner irgendwie das damit leicht gemacht (Probst: 48).

Ganz entgegengesetzt ist die Erinnerung von Steffi Lemke, die von der Debattenführung stark irritiert war:

Also keine guten Diskussionen, keine zielführenden oder fruchtbringenden Diskussionen über die Frage, unter welchen Umständen militärische Gewalt möglicherweise von uns legitimiert werden sollte. Das waren Debatten, die sind verbissen und konfrontativ geführt worden auf eine Art und Weise, wie eigentlich auch gar keine Annäherung stattfinden konnte (Lemke: 39).

Beide Erinnerungen stehen für die tiefe Gespaltenheit der Fraktion, die eine einfache Mehrheitsentscheidung nahezu ausschloss. Vielmehr handelte sich um einen langwierigen Prozess, in dessen Verlauf tiefe Gräben in der Fraktion aufrissen und der schmerzhafteste Spuren bei den Beteiligten hinterließ. Diese innerparteiliche Auseinandersetzung dauerte bis zur Afghanistanentscheidung über den Krieg gegen den Terror im Jahr 2002.

Nach wie vor ist die radikalpazifistische Überzeugung eine Position, die man üblicherweise mit den Grünen verbindet, die aber angesichts des Bosnienkrieges ihre Eindeutigkeit und schließlich ihre Dominanz eingebüßt hat. Innerhalb unserer Gruppe sind Steffi Lemke und Ursula Schönberger Vertreterinnen des Pazifismus. In den Abstimmungen votierten sie konsequent gegen jeden Einsatz der Bundeswehr. Auch Matthias Berninger fand die pazifistischen Argumente ursprünglich überzeugend, machte aber an der Bosniendebatte einen inneren Prozess durch:

Anfangs fand ich eigentlich das Argument überzeugend zu sagen: Wenn man sich die Deutschen anguckt und die Geschichte anguckt und sich den Partisanenkrieg anguckt, warum sollen ausgerechnet die Deutschen – jetzt kommt noch die deutsche Einheit, also dieses Gefühl, dass dieses Land wieder größer und mächtiger wird – sich daran beteiligen? Das war das für mich am Anfang – ich glaube bis weit in 94 rein – beherrschende Argument. [...] Und dann hatten wir eine Abstimmung im Bundestag, wo du gleichviel Befürworter, Gegner und Enthaltungen hattest [zu Dayton]. Das war der Moment, wo ich meine Meinung geändert hab zu Gunsten einer militärischen Intervention (Berninger: 23).

Matthias Berningers Erinnerungen bieten Einblick in den Prozess, den viele Abgeordnete der Grünen in einer ähnlichen Form durchgemacht haben. Am Ende stand eine gewandelte Position, die militärische Einsätze nicht *per se* ablehnt, sondern in Fällen gravierender Menschenrechtsverletzungen rechtfertigt. Volker Beck, der als langjähriger Abgeordneter den Prozess sowohl beobachtet als auch mitgemacht hat, fasste ihn im Interview folgendermaßen zusammen:

Das war gar nicht realitätstauglich. Das fiel uns einfach als aus der Friedensbewegung kommend schwer zu denken, dass das, was vorher in der Block-Konfrontationslogik richtig war, in den neuen Unordnungen nicht getragen hat (Beck: 30).

Die Bosniendebatte hatte einen zentralen Stellenwert für sämtliche Abgeordnete. Es war keine Politikfelddebatte, sondern eine, an der alle teilnahmen und in deren Verlauf sie nuancierte Haltungen entwickelten, je nachdem welche Rolle sie in der Fraktion hatten und welche Erfahrungen sie gemacht hatten. Die internen Dynamiken spielten dabei eine wesentliche Rolle. Die Auseinandersetzung hatte nicht nur für die Fraktion Bedeutung, sondern erwies sich als Meilenstein in der grünen Parteigeschichte, insbesondere auf dem Weg hin zu der rot-grünen Koalition.

6. Fazit

Wir haben die jungen Abgeordneten von ihren ersten Schritten hin zu den Grünen, über den teils steinigen Weg in den Bundestag und den Aufstieg in der Fraktion bis zu ihrem Agieren in der Bosnienfrage, einem der Wendepunkte der grünen Parteigeschichte, begleitet. Auch wenn sie von außen als die jungen Grünen wahrgenommen wurden, verstanden sie sich nicht als Gruppe, noch weniger als neue Generation der Grünen, und sie agierten auch nicht als solche.

Sie waren in ihrer Jugend Zeugen des Niedergangs einer Diktatur, der deutschen Wiedervereinigung und der Entstehung eines neuen Staates. Obwohl sie alle ZeitgenossInnen dieser Ereignisse waren, bedeuteten sie nur für zwei von ihnen, Antje Hermenau und Steffi Lemke, eine grundlegende Veränderung ihres Lebens. Beide brachten im Interview die große Wichtigkeit dieser „speziellen Zeit“ für ihre Biographie zum Ausdruck. Steffi Lemke beschrieb nicht nur das „irrsinnige Tempo“ der Veränderungen, sondern vor allem das „erhebende Gefühl“ in dieser Zeit (T Lemke: 21, 25). Antje Hermenau formulierte:

Ich würde eigentlich jeder Generation wünschen, dass sie einmal so einen Bruch im Leben erlebt, damit sie in der Lage ist, das Leben besser zu beurteilen. Ich glaube, dass ein Mensch einen historischen Bruch im Leben braucht (Hermenau: 17).

Für die anderen sechs hatten diese Ereignisse keine irgendwie vergleichbare Tragweite, auch wenn sie wie Andrea Fischer am 9. November 1989 den Fall der Mauer in Berlin aus nächster Nähe miterlebt oder wie Volker Beck Verwandte in der DDR hatten. Auch deshalb bilden die acht jungen Abgeordneten keine einheitliche Gruppe. Die Wiedervereinigung brachte so etwas wie ein „Spaltungselement“ in die Grünen hinein. In der gesamten Bundestagsfraktion gab es nur fünf Abgeordnete aus der ehemaligen DDR, die von ihren 44 Kollegen vorsichtig beäugt wurden.

In unserer Analyse haben wir festgestellt, dass es keine Eigenschaften, Erfahrungen oder Ereignisse gibt, die die acht Abgeordneten als Einheit definieren. Trotzdem wollten wir von dieser Gruppe wissen, welche neuen Impulse sie gesetzt haben. Schaut man sich die einzelnen Abgeordneten daraufhin an, wie sie ihre Rolle als junge PolitikerInnen und ihre Funktion als SprecherIn in ihrem Politikfeld wahrgenommen haben, dann

stellt man fest, dass sie trotz ihrer Unerfahrenheit durchaus innovativ waren. Sie starteten Initiativen und Projekte und erweiterten dadurch die Politikfelder der Grünen. Außerdem unterschied sich ihr Politikstil deutlich von dem der 1980er Jahre, indem sie auf Symbolpolitik weitgehend verzichteten und sich eher inhaltlich profilierten. In der Bosniendebatte wurde deutlich, dass sie eigene Positionen entwickelten und vertraten, häufig gegen die dominierende Parteilinie, dass sie aber auch in der Lage waren, auf neue Faktenlagen konstruktiv zu reagieren. Die gesamte Bosniendebatte wurde innerhalb der Partei, und nicht nur in der Bundestagsfraktion, hoch ideologisch geführt. Davon setzten sich die meisten der acht jüngsten Abgeordneten mit ihrer pragmatisch-konstruktiven Herangehensweise ab. Insgesamt war ihr Politikstil nicht vom ideologischen Überbau bestimmt. Dies ist umso bemerkenswerter, als sie alle davon profitierten, dass sie ihre Parteikarriere als jung und links gestartet haben. Die Mehrheit von ihnen konnte auf linke Netzwerke auf dem Weg in die Fraktion und als Abgeordnete zurückgreifen. Dies gilt besonders für Kerstin Müller, die durch ihre Verankerung bei den Linken zur Fraktionsvorsitzenden aufstieg. In Einzelfällen kamen auch andere Netzwerke zum Tragen, so zum Beispiel die Grüne Jugend, die Anti-Atombewegung und die Schwulenbewegung.

Die acht Abgeordneten hatten ein durchaus positives Verhältnis zu der Parteikarriere, deren Start wir in diesem Aufsatz beschrieben haben. Ihr Wille zu regieren war deutlich ausgeprägt. Die Legislaturperiode von 1994 bis 1998 war eine Phase, in der sich die Grünen auf eine Regierungsbeteiligung vorbereiteten. Die acht Abgeordneten, die wir interviewt haben, können als Protagonisten auf diesem Weg betrachtet werden.

ARCHIVQUELLEN

Archiv Grünes Gedächtnis der Heinrich-Böll-Stiftung (AGG), Berlin

A - Kerstin Müller, vorl. Sign. 152, vorl. Sign. 198, vorl. Sign. 219.

A - Waltraud Schoppe, vorl. Sign. 157.

B.I.10 - Bündnis 90/Die Grünen, vorl. Sign. 606.

B.II.3 - Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen 1994-1998, Sign. 57, 59, vorl. Sign. 75, vorl. Sign. 2339, vorl. Sign. 2340, vorl. Sign. 4230.

C Hessen I.1 - Bündnis 90/Die Grünen Hessen, Sign. 118, 474.

C NRW I.1. - Bündnis 90/Die Grünen Nordrhein-Westfalen, vorl. Sign. 1182, vorl. Sign. 1269, vorl. Sign. 1398.

INTERVIEWS

Transkript des Interviews mit Volker Beck, geführt am 04.04.2017 in Berlin: (Beck).

Transkript des Interviews mit Matthias Berninger, geführt am 25.08.2017 in Berlin: (Berninger).

Transkript des Interviews mit Andrea Fischer, geführt am 14.09.2017 in Berlin: (Fischer).

Transkript des Interviews mit Antje Hermenau, geführt am 17.01.2017 in Dresden: (Hermenau).

Transkript des Interviews mit Steffi Lemke, geführt am 02.05.2017 in Dessau: (Lemke).

Transkript des Interviews mit Kerstin Müller, geführt am 26.04.2017 in Tel Aviv: (Müller).

Transkript des Interviews mit Simone Probst, geführt am 24.02.2017 in Berlin: (Probst).

Transkript des Interviews mit Ursula Schönberger, geführt am 16.03.2017 in Salzgitter: (Schönberger).

LITERATUR

- Becker-Schaum, Christoph (2006): Kommentar. Ökosozialisten vs. Undogmatische Linke, in: Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): Grünes Gedächtnis 2007, 59-64.
- Becker-Schaum, Christoph (2018 a): Conceptual Remarks on Oral History, in: Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): Experiences in Oral History. Contemporary witness interviews in archive organizations and historical research, Berlin, 27-29.
www.boell.de/en/2018/10/29/experiences-oral-history.
- Becker-Schaum, Christoph (2018 b): Die Grünen als Anti-Parteien-Partei?, in: Olivier Hanse, Annette Lensing und Birgit Metzger (dir./Hg.): Mission écologie. Tensions entre conservatisme et progressisme dans une perspective franco-allemande / Auftrag Ökologie. Konservativ-progressive Ambivalenzen in deutsch-französischer Perspektive, Brüssel, 229-253.
- Birthler, Marianne (2014): Halbes Land. Ganzes Land. Ganzes Leben. Erinnerungen, München.
- Bösch, Frank (2019): Zeitenwende 1979. Als die Welt von heute begann, München.
- Bracher, Karl Dietrich (1971): Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtzerfalls in der Demokratie, 5. Aufl., Villingen.
- Brandt, Peter und Rudolf Steinke (1984): Gruppe Internationale Marxisten, in: Richard Stöss (Hg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Bd. II, Opladen, 1599-1647.
- Bruns, Manfred (1994): Lesben. Schwule. Partnerschaften. Hg. vom Fachbereich für gleichgeschlechtliche Lebensweisen der Berliner Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport, Berlin. <https://www.lsvd.de/homosexualitaet/rueckblicke/aktion-standesamt.html>.
- Bude, Heinz (2005): „Generation“ im Kontext. Von den Kriegs- zu den Wohlfahrtsstaatsgenerationen, in: Ulrike Jureit und Michael Wildt (Hg.): Generationen. Zur Relevanz eines wissenschaftlichen Grundbegriffs, Hamburg, 28-44.
- Bündnis 90/Die Grünen (1993): Politische Grundsätze. https://www.boell.de/sites/default/files/assets/boell.de/images/download_de/publikationen/1993_002_Politische_Grundsätze_Buendnis90DieGrünen.pdf.
- Dejung, Christof (2008): Diskussionsforum. Oral History und kollektives Gedächtnis. Für eine sozialhistorische Erweiterung der Erinnerungsgeschichte, in: Geschichte und Gesellschaft 34, Heft 1, 96-115. <https://doi.org/10.13109/gege.2008.34.1.96>
- Doering-Manteuffel, Anselm und Lutz Raphael (2010): Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, 2. Aufl., Göttingen.
- Fischer, Joschka (1995): Die Katastrophe in Bosnien und die Konsequenzen für unsere Partei Bündnis 90/Die Grünen. Ein Brief an die Bundestagsfraktion und an die Partei, in: Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Arbeitskreis V (Hg.): Dokumente zum Krieg in Bosnien-Herzegowina, Teil II, 1-12.
- Frevert, Ute (2005): Neue Politikgeschichte: Konzepte und Herausforderungen, in: Ute Frevert und Heinz-Gerhard Haupt (Hg.): Neue Politikgeschichte. Perspektiven einer historischen Politikforschung, Frankfurt am Main, 7-26.
- Forschungsgruppe Wahlen, Thomas Emmert, Matthias Jung und Dieter Roth (1998): Zwischen Konstanz und Wandel. Die Bundestagswahl vom 16. Oktober 1994, in: Max Kaase und Hans-Dieter Klingemann (Hg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1994, Opladen, Wiesbaden, 45-83.
- Gieseke, Jens und Andrea Bahr (2016): Die Staatssicherheit und die Grünen. Zwischen SED-Westpolitik und Ost-West-Kontakten, Berlin.
- Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.) (2018): Die Gründungsgeneration der Grünen. Acht Interviews, Berlin.
- Jureit, Ulrike und Michael Wildt (2005): Generationen, in: Dies. (Hg.): Generationen. Zur Relevanz eines wissenschaftlichen Grundbegriffs, Hamburg, 7-26.

- Klecha, Stephan (2015): Niemand sollte ausgegrenzt werden. Die Kontroverse um Pädosexualität bei den frühen Grünen, in: Franz Walter und Stephan Klecha (Hg.): Die Grünen und die Pädosexualität. Eine bundesdeutsche Geschichte, Göttingen, 160-227.
- Klecha, Stephan (2017): Die Grünen zwischen Empathie und Distanz in der Pädosexualitätsfrage. Anatomie eines Lernprozesses, Wiesbaden. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-07581-1>
- Koelbl, Herlinde (1999): Spuren der Macht. Die Verwandlung des Menschen durch das Amt. Eine Langzeitstudie. München.
- Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien und Archiv Grünes Gedächtnis der Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.) (2015): Die Grünen im Bundestag. Sitzungsprotokolle und Anlagen 1987-1990. Bearbeitet von Wolfgang Hölscher und Paul Kraatz, 2 Bde., Düsseldorf.
- Koselleck, Reinhart (2000): Erfahrungswandel und Methodenwechsel. Eine historisch-anthropologische Skizze, in: Ders.: Zeitschichten. Studien zur Historik, Frankfurt am Main, 27-77.
- Lipset, Seymour Martin Lipset und Stein Rokkan (1967): Cleavage Structures, Party Systems and Voter Alignments. An Introduction, in: Dies. (Hg.): Party Systems and Voter Alignments. Cross-National Perspectives, New York, 1-64.
- Mannheim, Karl (1970): Das Problem der Generationen, in: Ders.: Wissenssoziologie. Auswahl aus dem Werk. Hg. von Kurt H. Wolff, 2. Aufl., Neuwied am Rhein, Berlin, 509-565.
- Maubach, Franka (2013): Freie Erinnerung und mitlaufende Quellenkritik. Zur Ambivalenz der Interviewmethoden in der westdeutschen Oral History um 1980, in: BIOS 26, 1, 28-52. <https://doi.org/10.3224/bios.v26i1.16895>
- Mende, Silke (2011): „Nicht rechts, nicht links, sondern vorn“. Eine Geschichte der Gründungsgrünen, München.
- Mergel, Thomas (2002): Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der Politik, in: Geschichte und Gesellschaft 28, Heft 4, 574-606.
- Metzger, Birgit (2015): „Erst stirbt der Wald, dann du!“ Das Waldsterben als westdeutsches Politikum (1978-1986), Frankfurt am Main, New York.
- Miedema, Christie (2015): Vrede of vrijheid? Dilemma's, dialoog en misverstanden tussen Nederlandse en West-Duitse linkse organisaties en de Poolse oppositie in de jaren tachtig, Amsterdam.
- Milder, Stephen (2017): Greening Democracy. The Anti-Nuclear Movement and Political Environmentalism in West Germany and Beyond 1968-1983, Cambridge. <https://doi.org/10.1017/9781316471401>
- Müller-Rommel, Ferdinand und Thomas Pogutke (1992): Die Grünen, in: Alf Mintzel und Heinrich Oberreuter (Hg.): Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, 2. Aufl., Bonn, 319-361.
- Niedermayer, Oskar (2006): Das Parteiensystem Deutschlands, in: Oskar Niedermayer, Richard Stöss und Melanie Haas (Hg.): Die Parteiensysteme Westeuropas, Wiesbaden, 109-133. https://doi.org/10.1007/978-3-531-90061-2_4
- Niedermayer, Oskar (2017): Mitgliederentwicklung der Parteien, Berlin <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/zahlen-und-fakten/138672/mitgliederentwicklung>.
- Pogutke, Thomas (1993): Alternative Politics. The German Green Party, Edinburgh.
- Probst, Lothar (2015): Bündnis 90/Die Grünen. Absturz nach dem Höhenflug, in: Oskar Niedermayer (Hg.): Die Parteien nach der Bundestagswahl 2013, Wiesbaden, 135-159. https://doi.org/10.1007/978-3-658-02852-7_6
- Radkau, Joachim (2011): Die Ära der Ökologie. Eine Weltgeschichte, München. <https://doi.org/10.17104/9783406619021>
- Raschke, Joachim (1993): Die Grünen. Wie sie wurden, was sie sind, Köln.
- Raschke, Joachim (2001): Die Zukunft der Grünen. „So kann man nicht regieren“, Frankfurt am Main, New York.

- Richter, Saskia (2010): Die Aktivistin. Das Leben von Petra Kelly, München.
- Rucht, Dieter (1997): Soziale Bewegungen als demokratische Produktivkraft, in: Ansgar Klein und Rainer Schmalz-Bruns (Hg.): Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland. Möglichkeiten und Grenzen, Bonn, 382-403.
- Stöss, Richard (1987): Parteien und soziale Bewegungen. Begriffliche Abgrenzung – Volksparteien – Neue soziale Bewegung – DIE GRÜNEN, in: Roland Roth und Dieter Rucht (Hg.): Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt am Main, New York, 277-302.
- Stöss, Richard (1997): Stabilität im Umbruch. Wahlbeständigkeit und Parteienwettbewerb im „Superwahljahr“ 1994, Opladen. <https://doi.org/10.1007/978-3-322-85109-3>
- Uekötter, Frank (2011): Am Ende der Gewissheiten: Die ökologische Frage im 21. Jahrhundert, Frankfurt am Main, New York.
- Wentker, Hermann (2014): Die Grünen und Gorbatschow. Metamorphosen einer komplexen Beziehung 1985 bis 1990, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 62, Heft 4, 481-514. <https://doi.org/10.1515/vfzg-2014-0024>
- Weßels, Bernhard (1998): Wahlpräferenzen in den Regionen: Stabilität und Veränderung im Wahljahr 1994 – oder: Die „Heimkehr“ der CDU/CSU-Wähler von 1990, in: Max Kaase und Hans-Dieter Klingemann (Hg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1994, Opladen, Wiesbaden, 259-284. https://doi.org/10.1007/978-3-663-07812-8_9
- Wierling, Dorothee (2003): Oral History, in: Michael Maurer (Hg.): Aufriß der Historischen Wissenschaften. Band 7. Neue Themen und Methoden der Geschichtswissenschaft, Stuttgart, 81-151.
- Wolfrum, Edgar (2013): Rot-Grün an der Macht. Deutschland 1998-2005, München. <https://doi.org/10.17104/9783406654381>

Zusammenfassung

Die Studie zeichnet das Gruppenportrait von acht der jüngsten Bundestagsabgeordneten von Bündnis 90/Die Grünen in der Wahlperiode von 1994 bis 1998. Für die Studie wurden biographische Interviews geführt. Das Gruppenportrait besteht aus drei Teilen. Der erste enthält die Motivationen und Wege, warum und in welchen Kontexten die Interviewten den Grünen beigetreten sind. Der zweite Teil verfolgt in acht Etappen den Weg in die Bundestagsfraktion, von der Entscheidung für die Kandidatur, die Listenparteitage ihrer Landesverbände, den Wahlkampf und den Wahltag, die Ankunft in Bonn, die konstituierende Sitzung der neuen Fraktion mit der Wahl des Fraktionsvorstandes, der Verteilung der Ausschüsse und der ersten Pressekonferenz des Vorstandes bis zum Beginn der politischen Arbeit der Fraktion. Der dritte Teil beschreibt ihre Haltung zum Bundeswehreininsatz in Bosnien. Dabei wird herausgearbeitet, wie sich ihre Position zum zentralen Konflikt der Bundesgrünen während der Wahlperiode wandelte. Zum Fazit gehört, dass die Unterschiede der Herkunft – sechs Abgeordnete kamen aus der alten Bundesrepublik, zwei aus der ehemaligen DDR – in einigen Punkten sehr ins Gewicht fallen. Auch bildeten die acht Abgeordneten keine Gruppe in dem Sinne, dass sie eine gemeinsame Haltung vertreten hätten. Wohl aber gab es eine Gemeinsamkeit hinsichtlich ihres Politikstils. Anstelle der früheren Symbolpolitik der Grünen ist ihr Politikstil pragmatischer und professioneller geworden. Insofern waren sie Protagonisten des beginnenden Generationswechsels bei den Bündnisgrünen.